

## Wachstum, Wachstum über alles!



Valentin  
J. Oehen,  
e. Nationalrat,  
SD-Ehrenpräsi-  
dent, Köniz

Der russische Präsident Dimitri Medwedev sagte in seiner Eröffnungsansprache des WEF am 26. Januar 2011 (Zitat):

*Eine Periode superschneller Entwicklung gab Anlass zu Euphorie, aber die Krise hat alle ernüchert. Wir haben uns mit einem bedeutenden Teil, aber nicht mit allen ihren Symptomen befasst, und solange wir kein neues Wachstumsmodell finden, wird die wirtschaftliche Entwicklung langsamer verlaufen, als wir sie gerne hätten.*

Damit outete er sich als Anhänger einer Theorie des Dauerwachstums, gerade so, als ob es ein stetes Wachstum in einer begrenzten materiellen Welt tatsächlich möglich wäre.

### POSTCODE

AZB 3806 Bönigen

Anlässlich des chinesischen Volkskongresses, der soeben in Peking über die Bühne ging, verkündete der chinesische Staatspräsident Hu Jintao, dass das schnelle Wachstum von über 10% der letzten Jahre auf maximal 4% zurückgeführt werden müsse. Ansonsten würden schwere soziale Probleme und

entsprechende Unruhen drohen. Zudem müsse die Inflation auf maximal 4% begrenzt werden. In dieser Zeitung wurde schon darauf hingewiesen, dass das enorme Wirtschaftswachstum in China gerade ausreiche, um die durch das Wachstum entstehenden Umweltschäden abzudecken. Obwohl China seit Jahren eine auf Stabilisierung ausgerichtete Bevölkerungspolitik betreibt, wird das Land durch den sozialen Wandel vermeintlich in eine wirtschaftliche Wachstumspolitik hineingezwungen. Die Folgen scheinen der chinesischen Führung wenigstens zum Teil bewusst geworden zu sein.

Ist es so schwer zu verstehen, dass wir wegen einer falsch angelegten Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik auf Dauerwachstum angewiesen zu sein scheinen? Aber die Naturgesetze werden sich nicht den Menschen zuliebe ändern; also müssen wir unsere Politik ändern, sodass eine verträgliche Kooperation mit der Natur möglich wird.

### Von den Ursachen zum Zwang des materiellen Wachstums

Im Mittelalter erfanden die Tempel das Bankenwesen. Ihre Ordensprinzipien bewahrten sie dabei vor Missbrauch der dadurch gewonnenen Möglichkeiten. Schon bald fingen jüdische Geldausleiher an, diese Möglichkeiten hemmungslos auszunützen mit dem Ziele der Anhäufung von Reichtum, den sie machtgierigen Fürsten gegen gute Entschädigung ausleihen konnten. Als scheinbare Wohltäter ihrer Herren gelang es ihnen sehr rasch, eine bedeutende Rolle in der politischen Landschaft zu spielen, wobei sie sich geschickt im Hintergrund halten konnten. Damit wurde das zinsbehaftete Kreditgeld geschaffen, das fast zwangsläufig zu einem Abhängigkeitsverhältnis der Schuldner führte. Mit dem Zinseszins-Prinzip wurde eine Regel in



### Spielt mit unserem Geld Finanzmonopoly: Die Hochfinanz!

das Geschäftsleben eingeführt, die ein rasantes Wachstum erzwingt. Die Verpflichtung der Rückzahlung der Darlehen mit einem mehr oder weniger hohen Zins und Zinseszins führt zu unerträglichen Belastungen mit sehr schlimmen Folgen für ganze Volkswirtschaften. Eine grundsätzliche Überlegung möge dies aufzeigen:

*Eine Darlehensschuld von z.B. Fr. 10 000.– erhöht sich bei 6% Zins innert 50 Jahren auf Fr. 40 000.–; bei Zinseszins-Berechnung aber auf 154 200 Franken. Die zwingende Notwendigkeit rascher Rückzahlung des Darlehens und regelmässiger Bedienung (Zinszahlung) ist also offensichtlich.*

Da jedem Guthaben auf der einen Seite – eine entsprechende Schuld auf der andern Seite gegenübersteht – steht Produktion und Absatz des Schuldners stets unter Wachstumszwang. Auf Dauer und im Durchschnitt müsste das Unternehmenswachstum mit dem Wachstum der Zinslasten Schritt

halten, sollen diese problemlos aufgebracht werden können. Das bedeutet, dass die Wachstumsrate der Wirtschaft stets in der Höhe der Kreditzinsen am Kapitalmarkt liegen muss.

Fortsetzung Seite 2

## Inhalt

- 3 Darf man jetzt über Bevölkerungspolitik reden?
- 4 Initiative gegen Pädokriminelle zustande gekommen
- 5 Unsere Partei ist 50 Jahre jung! – Teil 4
- 8 SD-Marktplatz
- 9 Aus den Kantonen
- 10 ECOPOP-Initiative: Die Meinung des Zentralpräsidenten
- 11 SD-DV in Suhr
- 15 Leserbrief

**Wachstum, Wachstum über alles!***Fortsetzung von Seite 1*

Zur Illustration: Wenn der Nährvater Jesu, Joseph, bei der Geburt Jesu einen Rappen zu 5 % Zinsseszins angelegt und dann stehen gelassen hätte, so wären 1990 134 Milliarden Goldkugeln vom Gewicht der Erde zur Zahlung fällig geworden. Dieses Rechenbeispiel zeigt, dass exponentielles Wachstum von Produktion und Absatz in einer begrenzten Welt mit endlichen Ressourcen völlig unmöglich ist. Auf der Grundlage des Zinssystems kann eine Währung ihre Kaufkraft nicht halten. Es muss zu krisenhaften Entwicklungen kommen, denen ein einzelnes Land u.U. dadurch entgehen kann, dass es seine Probleme auf andere Länder abwälzt. Die USA liefern dafür seit mindestens 20 Jahren ein Musterbeispiel. Der Ausweg der Budgetdisziplin und regelmässiger rascher Rückzahlungen der Schulden ist in der Regel politisch nicht durchsetzbar.

**Und dann die Rolle der Rating-Agenturen!**

In der aktuellen Krise haben sich die grossen Rating-Agenturen *Moodys*, *Standard & Poors* und *Fitch* als Verbündete der Grossbanken entpuppt und sind als Mitversucher der Krise zu beschuldigen. Nicht nur haben diese die

*Wer dient dem Gemeinwohl mehr?*

hochverschuldeten Staaten wie USA, GB und andere mit AAA ausgezeichnet; sie haben auch Griechenland noch 2009 mit AAA bewertet. Als Papandreou die weiteren Goldmann-Sachs Tricks zur Schönung der Staatsbuchhaltung nicht mehr mitmachte, stufte *Fitch* am 9. Dezember 2009 die Bonität Griechenlands auf BBB herab. Damit musste Griechenland ab 2010 sofort wesentlich höhere Schuldzinsen bei Neuauflagen von Geldern bezahlen – sehr zur Freude der Banken – und der Spekulanten. Nach einer erneuten Herabsetzung der Bonität musste Griechenland am 7. Mai 2010 für eine zweijährige Staatsanleihe von 15 Milliarden Euro den Irrsinnzins von 23,24 % bezahlen, um überhaupt noch Geld zu bekommen. Damit frassen die Zinsen fast

alles weg was an Geld neu hereinkam, für die Kredittilgung blieb fast nichts mehr übrig. Und dies, obwohl die EU und der IWF Griechenland unterstützen wollten. Aber nun hatten diese hungrigen Bestien der Hochfinanz über den Fall Griechenland auch die ganze EU und insbesondere Deutschland im Visier.

Da hilft nun allerdings auch keine Wachstumspolitik mehr; – was Not tut, wäre eine entschlossene Haltung gegenüber der Hochfinanz und die Streichung der Staatsschulden; die Abschüttelung der Finanzregeln, die von den Grossbanken und ihren Vertretern in den wichtigsten Regierungen dieser aktuellen Welt durchgesetzt wurden.

**Was sind unsere realen Möglichkeiten, um der sich verschlimmernden Situation zu trotzen?**

**Im privaten Bereich** ist es nicht allzu schwierig, aus dem Wachstumszwang auszusteigen, sofern man nicht überschuldet ist. Schuldenabzahlung und Bescheidenheit in seinen Ansprüchen sind die Stichworte. Das leichteste verdient Geld ist jenes, das man nicht ausgibt. Da uns jedoch ein Grossteil unserer Ausgaben durch politische Beschlüsse aufgezwungen werden, wird die Verpflichtung zur aktiven Teilnahme am politischen Leben zur Selbstverständlichkeit.

Für die politische Gemeinschaft sind Forderungen zu stellen, die wegen der Interessen einflussreicher Kreise nicht leicht zu erfüllen sind, aber trotzdem immer wieder vorgebracht werden müssen. Allen voran ist die «Domestizierung» der Grossbanken und der Banken ganz allgemein zu nennen. Sie sind auf ihre ursprünglichen Kernaufgaben der Werte-Aufbewahrung der Sparkapitalien und der Vermittlung von Krediten auf der Basis der vorhandenen Spar-Kapitalien und der eigenen Kapitalien zurückzuführen. Ihre Rechte zur Geldschöpfung in allen Formen sind an die politische Gemeinschaft zurückzugeben. Private Zentralbanken, insbesondere das FED sind aufzulösen. **Das «too big to fail» Märchen gehört sofort abgeschafft, indem die Grossbanken zerschlagen, resp. in den Konkurs geschickt werden.**

Es geht nicht an, dass diese Milliarden, ja Billionen USD oder Euro's



oder Franken von Spargeldern kasieren, nachdem sie sich durch ihre Gier und Unvernunft «Blasen» bilden liessen, die jetzt platzen müssen.

**Als zweites** ist eine den wirklichen Möglichkeiten des Staates angepasste Gesellschaftspolitik zu nennen. Auf die Dauer kann eben niemand – auch nicht eine politische Gemeinschaft mehr konsumieren, als sie zu produzieren im Stande ist. Der Wohlfahrtsstaat muss seine Grenzen an der eigenen Produktivkraft finden. Es ist falsch, sozusagen die Zukunft der Bevölkerung vorweg zu konsumieren.

**Als drittes** ist eine Gleichgewichtspolitik zu nennen. Sowohl demografisches wie auch wirtschaftliches Wachstum provozieren immer neue, durchaus echte Bedürf-

nisse, die befriedigt werden müssen.

**Als viertes** sei die Hinwendung zu geistigen Werten erwähnt. Der Materialismus als Leitkultur bringt zwangsläufiges Versagen, da er im endlichen Raum relativ rasch an seine Grenzen stösst und damit den Entwicklungsbedürfnissen des Menschen nicht Rechnung tragen kann.

**Schlussbemerkung:** Bewusst habe ich hier auf die Nennung von Kriegen, Imperialismus und verbrecherischem Handeln auf allen Stufen verzichtet. Wenn wir diese Übel nicht unter Kontrolle bringen, so werden wir uns weiterhin mit den Krisen und Verwerfungen auf allen Stufen der Gesellschaft auseinandersetzen müssen. Leider!

**Amerikanische Gerichte erwünscht...**

Wenn man von Gerichtsurteilen in den USA (und deren Zustandekommen) liest, muss man oft nur stauend den Kopf schütteln, unabhängig ob man für oder gegen die Todesstrafe ist. Aber für die Aburteilung der skrupellosen Kerle, welche in Seebach, Steffisburg und anderswo Mädchen vergewaltigt und damit womöglich deren Psyche für immer verletzt haben, wünschte ich mir, dass amerikanische Gerichte angerufen werden könnten. Da würden diese Gangster kaum unter 15 Jahren Zuchthaus davon kommen, unabhängig von ihrem Alter. Was wird aber bei unseren «Gerichten» passieren? Da wird vor allem darauf geachtet, dass die «armen» Täter ja nicht zu hart angefasst werden, es könnte ja deren Zukunftspläne «zerstören». Und die Zukunft der Opfer? Das kümmert unsere Gerichte wenig oder gar nicht. Ganz zu schweigen von den Psychiatern und Psycholo-

gen. Die werden hundert Gründe vorbringen, warum die Täter eigentlich selber Opfer sind. Angefangen vom jugendlichen, ach so zarten Alter der Täter. Wenn ein Jugendlicher erwachsen genug ist zum Vergewaltigen, muss er auch alt genug sein, dafür wie ein Erwachsener bestraft zu werden. Nicht zu vergessen die fremde Kultur, aus der «sie gerissen worden sind». Selbstverständlich sind sie auch oft «kriegstraumatisiert». Und schliesslich werden wir Schweizer noch selber als die eigentlich Schuldigen dastehen, da wir zu wenig getan haben, um diese Leute zu integrieren, dass wir sie «ausgeschlossen und allein» gelassen haben usw., usf. Ich bin der Meinung, dass unser Strafrecht in gewissen Teilen geändert werden muss. Vor allem bei Unzuchtsdelikten muss dieses massiv verschärft werden.

*Dragan Najman, Baden*

## Darf man jetzt endlich über Bevölkerungspolitik reden?

Jahrzehntlang riskierte ein Jeder als Neonazi, Faschist oder Fremdenhasser verschrien zu werden, wenn man es wagte, bevölkerungspolitische Themen anzusprechen.

Keine der grossen Parteien unseres Landes hatte den Mut, Dinge zu thematisieren, die den Demographen längst unter den Nägeln brennen. Denn längst sind die Fakten bekannt, die es erlauben würden, eine langfristig angelegte, fundierte Bevölkerungspolitik für die Schweiz zu formulieren.

- Die optimale Bevölkerungszahl eines Landes kann sehr wohl definiert werden. Dabei sind oekologische, ökonomische und gesellschaftspolitische Gesichtspunkte zu beachten. Die Festlegung der Einwohnerzahl allerdings ist ein politischer Entscheid. Die notwendigen Studien verstauben seit den 70er-Jahren in irgend einem Archiv des EJPD.
- Zur Erhaltung einer Bevölkerung ist eine Reproduktionsrate von 2,1 Kindern pro Frau unabdingbar, wenn die Bevölkerung langfristig weder wachsen noch abnehmen soll.
- Abrupte Bestandesänderungen – nach oben und nach unten – sind möglichst zu vermeiden, da sol-

che unweigerlich schwer zu bewältigende gesellschafts-, sozial- und wirtschaftspolitische Probleme provozieren.

- Mit Dauerwachstum der Bevölkerung lassen sich weder sozial- noch wirtschaftspolitische Probleme lösen. Die Lösung der immer schwieriger werdenden Aufgaben wird lediglich auf später verschoben.
- Andauernde Einwanderung zur Ausgleichung zu tiefer Geburtenzahlen ist ein untaugliches Mittel zur Problemlösung. Kein Land kann so etwas politisch verkraften.

Und jetzt darf man darüber sprechen? Scheinbar schon!

Vor einiger Zeit führte die CVP eine Tagung zur Demographie durch. Dabei soll die damalige Bundesrätin Ruth Metzler der Integration von Ausländern besonders viel Gewicht beigemessen haben.

Demgegenüber warnte Prof. H. M. Hagmann von der Uni Genf, die demographischen Probleme langfristig durch Zuwanderung lösen zu wollen. Die Integrationsschwierigkeiten seien nicht zu übersehen.

Zu dieser Zeit fand in Berlin ein Kongress unter dem Titel «Demographie und Wohlstand» statt. Da-



Menschenmasse im Bahnhof Zürich

bei machten Wissenschaftler auf die eingangs angedeuteten Zusammenhänge aufmerksam. Prof. G.F. Dumonts von der Sorbonne warnte vor einem «Krieg der Generationen», wenn wegen massiv schrumpfender Bevölkerung der Wohlstand einbrechen werde. Die bayerische Familienministerin Christa Stewens bezeichnete die Situation als «fünf nach zwölf».

In der NZZ erregte damals auf der Frontseite der Titel «Sterben die

Europäer aus?» die Aufmerksamkeit der Leser.

Ohne massive Einwanderung müsste die Bevölkerung der EU bei den gegenwärtigen Reproduktionsraten von fast 500 Mio auf 250 Mio absinken. Nach Besprechung aller bekannten Schwierigkeiten wurde die banale Wahrheit neu verkündet:

**«...dass kein Land eine unbegrenzte Immigration politisch verkraften kann.»**

Eher ungewohnt wurde auch noch auf den gefährlichen «brain-drain» in den Auswanderungsländern hingewiesen.

Es ist unbedingt zu wünschen, dass das Thema in Zukunft intensiv im politischen Raum diskutiert wird – ohne in Panik zu machen. Ganz so, wie es der NZZ-Artikel anregte. Aber auch ohne langfristig denkende Demographen mit wüsten Verdächtigungen mundtot zu machen...

**Wer weiss – vielleicht werden wir in etwa 50 Jahren sogar eine schweizerische Bevölkerungspolitik haben, die diesen Namen auch wirklich verdient. Bis jetzt haben wir nämlich keine!**

V. J. Oehen-Christen,  
e. Nationalrat, Köniz

## Wussten Sie, dass...

...Sie vom Fernsehen über die kriegerischen Vorgänge in Libyen bewusst getäuscht werden? Der Kriegsberichterstatter Helmut Scheber (SF) berichtet, dass die vom Fernsehen übermittelten Kampfszenen ausnahmslos ausserhalb der Kampfzonen produziert, d.h. gestellt werden. Er meint, jedem sei klar, dass ein Kameramann keine Kriegshandlungen aus der Nähe filmen kann, es sei denn, er ist lebensmüde. War Ihnen das klar?

...die somalischen Piraten trotz der Patrouillen-Kriegsschiffe der USA, Englands, Frankreichs usw. sehr «erfolgreich» sind. Die Liegeplätze in somalischen Häfen sind derart überfüllt mit gekaperten Schiffen, dass die Piraten den Schiffseignern 50% Rabatt auf die Lösegeldforderungen anbieten, wenn sie innert zwei Tagen bezahlen. So wollen sie in den Häfen wieder Platz für neue «Beute» schaffen.

...das Ergebnis der Volksaufstände in den arabisch-muslimischen Ländern höchst fragwürdig sein könnte. In Ägypten werden die kop-

tischen Christen zunehmend drangsaliert. In Tunesien wird regelrecht zur Jagd auf Christen und Juden «geblasen». Im Rotlicht-Viertel von Tunis wurden zahlreiche Prostituierte auf offener Strasse massakriert. Am 18. Februar wurde dem polnischen Priester Marek Rybinski mitten in Tunis öffentlich der Kopf abgeschnitten. Seit langem ist bekannt, dass im «befreiten» Irak die uralte christliche Gemeinde schwer unter Druck steht. Im mohammedanischen Raum sind bekanntlich die Menschenrechte nach christlich-abendländischem Verständnis, nicht geschützt.

...bezeichnenderweise der tunesische Innenminister «Mohamed Afif Chelbi» die 2,5 Milliarden Euro, die von den Europäern für Reformen in Nordafrika und dem Nahen Osten zur Verfügung gestellt wurden, als eine lächerliche Summe bezeichnete. Was braucht es wohl, bis den westlichen Völkern der Geduldtsfaden reisst?

...der Irak und Afghanistan zu einem «Pass ohne Boden» gewor-

den sind. Im Irak werden 29 Milliarden Euro aus den Ölverkäufen vermisst; Gelder die für den Wiederaufbau des Landes bestimmt waren. – In Afghanistan sind Dutzende von Milliarden Euro verschwunden, die von den USA und verschiedenen westlichen Staaten überwiesen worden waren für den Wiederaufbau Afghanistans. Das berichtet die US-Regierungskommission «Wartime-contracting»!

...das Wüstenprojekt DESERTEC (Energie aus nordafrikanischen Wüsten, sowie Windkraft) gefährdet ist. Die deutsche Industrie wollte 400 Milliarden Euro investieren und rechnete mit Energielieferungen in den alten Kontinent ab 2015. Die Unruhen und Revolutionen haben die Arbeiten blockiert und niemand weiss, ob die Pläne überhaupt weiter verfolgt werden können.

...im Jahre 2004 am 16. Oktober unter Präsident G.W. Bush das sogenannte Antisemitismus-Inspektions-Gesetz in Kraft gesetzt wurde – es gilt noch immer! Dieses Gesetz ist die wildeste, je bekannt gewordene Gesetzesnovelle eines modernen Staates zur Unterdrück-

kung des Denkens freier (nichtjüdischer) Bürger. Die ganze Welt soll damit gezwungen werden, niemals kritische Gedanken gegenüber dem jüdischen Staat zu äussern, was immer dieser auch unternehmen mag. 6 Beispiele mögen dies aufzeigen. Kriminalisiert wurden:

- jegliche Behauptungen, dass die jüdische Gemeinschaft die Regierung kontrolliert, die Medien, das internationale Geschäft und die finanzielle Welt;
- jegliche Kritik der jüdischen zionistischen Gemeinschaft an der Förderung der Globalisierung oder dessen, was manche die «Neue Weltordnung» nennen;
- Zitierung von Fakten, die in jeglicher Art die Zahl der «sechs Millionen» Holocaust Opfer verringern würde;
- Behauptungen, dass Israel ein rassistischer Staat ist;
- das Angebot, mit Beweisen zu belegen, dass Juden und ihre Führer den Kommunismus und die bolschewistische Revolution in Russland starteten;
- das Äussern von Unterstellungen einer Mitwirkung des Mossad an den 9/11 Attacken.

Tino Giacomo

# Initiative gegen Pädophil-Kriminelle glanzvoll zustande gekommen!

Am 20. April 2010 konnte das überparteiliche Komitee 112'565 Unterschriften für das Volksbegehren «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» der Bundeskanzlei übergeben. Da auch die SD einen beträchtlichen Teil der Unterschriften gesammelt haben, war auch Alt-Nationalrat Bernhard Hess bei der Übergabe dabei. Hier dessen Votum anlässlich der Pressekonzferenz:

«...Mit grosser Freude dürfen wir Ihnen heute verkünden, dass die Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen», mit dem stolzen Resultat von über 112'000 gültigen Unterschriften eingereicht werden konnte. Für die überparteiliche Vereinigung «**Marche Blanche**», welche nur aus einigen hundert Mitgliedern, Sympathisanten und Gönnern besteht, ist das eine organisatorische Höchstleistung. Der Sammelerfolg zeigt eindrücklich, dass es auch einer kleinen Organisation, welche kaum über finanzielle Mittel verfügt, möglich ist, eine Volksinitiative zustande zu bringen, sofern die Thematik breiten Bevölkerungskreisen unter den Nägeln brennt.

Als erfahrener Unterschriftensammler, der seit über 20 Jahren für Referenden und Initiativen im Einsatz ist, kann ich Ihnen versichern, dass es eine grosse Freude war, für dieses Volksbegehren zu sammeln. Im Gegensatz zu ande-

ren Initiativen, wo man die Personen suchen muss, welche das entsprechende Begehren unterzeichnen, war es hier beinahe umgekehrt: Wenn man an Marktplätzen, vor Einkaufszentren oder vor Abstimmungslokalen sammelte, vielen die wenigen Personen auf, welche unser wichtiges Volksbegehren nicht unterzeichnen wollten!

Persönlich prophezeihe ich unserer Volksinitiative bei der bevorstehenden Volksabstimmung einen Grosse Erfolg und bin optimistisch, dass die Initiative von «Marche Blanche» an der Urne sogar noch einen höheren Ja-Anteil erzielen wird, als die bisher am deutlichsten angenommene Initiative für einen arbeitsfreien 1. August, meiner Partei, den Schweizer Demokraten. Dieses Volksbegehren erzielte am 26. September 1993 einen Ja-Anteil von 83,8 Prozent. Diese Marke gilt es jetzt zu übertreffen – vor allem unseren Kindern zuliebe! Mit der Einreichung dieses Volksbegehrens hat selbstverständlich auch schon der Abstimmungskampf begonnen.

Einmal mehr muss erwähnt werden, dass eine Volksinitiative ohne organisierte Sammelaktionen von vielen Ehrenamtlichen nicht zustande kommen kann. Im Umfeld von «Marche Blanche» waren es vielleicht zwei, maximal drei Dutzend Personen, welche sich überdurchschnittlich engagierten und



SD-Geschäftsführer Bernhard Hess bei der Einreichung der Anti-Pädophilen-Initiative vor dem Bundeshaus.

teilweise wochenlang im Sammel-einsatz waren. Weiter darf auch erwähnt werden, dass diese Initiative mit einem minimalen Einsatz an finanziellen Mitteln zustande kam. So kann «Marche Blanche» leider weder auf Zuwendungen aus der Wirtschaft, noch von anderen Lobby-Organisationen zurückgreifen. Die wenigen privaten Zuwendungen stammen einzig von teilweise direktbetroffenen Eltern missbrauchter Kinder. Hingegen ist die Initiative politisch äusserst breit abgestützt: So finden sich im Komitee und unter den ehrenamtlichen Helfern Aktivistinnen und Aktivisten aus allen politischen

Lagern, von der SP (Anmerkung der Redaktion: Die SP-Nationalrätin Chantal Galladé ist jedoch zwischenzeitlich aus dem Initiativkomitee ausgetreten) über die CVP, SVP bis zu meiner Partei, den Schweizer Demokraten. Alles in allem darf gesagt werden, dass es sich bei der Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» um ein **Volksbegehren** handelt, das diesen Namen auch wirklich verdient.»

Bernhard Hess, e. Nationalrat,  
Geschäftsführer  
Schweizer Demokraten

## Offener Brief an die Behörden der Republik Italien

Sehr geehrter Herr Staatspräsident  
Sehr geehrter Herr Ministerpräsident  
Geschätzte Damen und Herren

Gemäss Pressemeldungen sind allein seit Samstag mehr als 2000 Personen – namentlich Eritreer und Somalier – mit Booten auf der italienischen Insel Lampedusa gelandet und somit verschärft sich die Lage täglich. Solche Zuwanderer sind in Europa kaum integrierbar und daher unerwünscht. Es erscheint uns daher als unverständlich, dass europäische Län-



der einerseits Libyen bombardieren und damit die dortigen Behörden ausserstande setzen, die illegale Migration zu unterbinden,

andererseits aber auch nicht wirksam verhindert wird, dass Boote mit illegalen Zuwanderern an Land gehen. Sind sie erst einmal in Lampedusa, so gelangen sie früher oder später auch nach Festland-Italien und von dort ins restliche Europa. Wir rufen die italienischen Behörden daher eindringlich auf, nicht zuletzt im eigenen Interesse, Boote mit illegalen Migranten konsequent schon vor der italienischen Küste abzufangen und zur Rückkehr zu zwingen, und keinesfalls weitere Landungen auf italienischem Staatsgebiet zuzulassen.

Wir zählen als Nachbarn auf Ihre diesbezügliche Verlässlichkeit, danken Ihnen für den Einsatz bei der Abwehr unerwünschter Zuwanderer und verbleiben hochachtungsvoll

Namens der SCHWEIZER  
DEMOKRATEN (SD)  
Stadt und Kanton Zürich

Christoph Spiess, Gemeinderat  
Patrick Blöchlinger, Gemeinderat

(PS: Dieser Brief ging am 30. März 2011 auch an die italienische Botschaft in Bern.)



## 1961 bis 2011: Unsere Partei ist 50 Jahre jung SD - eine beachtliche politische Leistung!

Schweizer Demokraten

### 4. Teil: Die NA war 1963 die erste grüne Partei!



Rudolf Keller,  
e. Nationalrat,  
Frenkendorf

**Wir waren die ersten Grünen!** Bis heute sind wir eine Partei, welche ökologische Anliegen auf ihre Fahne schreibt. Wir kämpfen gegen die Verbetonierung unserer Heimat. Und in Energiefragen wollen wir weg von risikobehaftetem Atomstrom hin zu umweltverträglichen Energieerzeugungsanlagen. Zudem sind wir für eine naturnah produzierende einheimische Land-

wirtschaft. Solche Forderungen stehen schon seit bald 50 Jahren in unserem politischen Programm. Auch haben wir bereits Anfang der 60er-Jahre gefordert, dass wirtschaftliche Interessen dem Natur- und Umweltschutz untergeordnet werden müssen.

Wenn man die heutige Politlandschaft ansieht, hat man fast den Eindruck, die Grünen, die Grünliberalen und viele andere hätten unser Programm abgeschrieben! **Auf der nächsten Seite können Sie einen Faksimile-Abdruck des Original-Parteiprogramms von 1963 begutachten. Dieses Programm könnte man heute praktisch unverändert auflegen, so aktuell waren unsere Gründerväter und so aktuell sind all diese Probleme noch heute.**

Die Profitgier der heutigen Wirtschaftselite ist nicht kleiner geworden. Und sie ist nur mit immer mehr Ausländern aufrecht zu erhalten. Am widersprüchlichsten ist da die heutige SVP. Einerseits will sie Wirtschaftspartei sein und fordert mehr Wachstum, andererseits wettern sie gegen Ausländer – aber wohlwissend, dass dieses Wachstum nur mit mehr Zuwanderern überhaupt bewerkstelligt werden kann! Wir Schweizer Demokraten sind da viel konsequenter in unseren politischen Forderungen.

Mehr zu unserer Parteigeschichte können Sie in der nächsten Zeitung und damit im 5. Teil erfahren. Dann stellen wir einzelne Exponenten wie Valentin Oehen, Jean-Jacques Hegg, Hans Zwicky, Hans

Steffen und andere in Wort und Bild vor.

#### Tretet der NA bei

hiess 1967 der Titel eines Aufrufs in unserer Parteizeitung. Darin werden sieben Möglichkeiten genannt, wie man unserer Partei und unserem Lande aktiv helfen kann. **Der hier unten abgedruckte Faksimile-Text ist eine Anleitung, wie man die eigene Partei stärken kann. Lesen Sie dies und setzen auch Sie das, was 44 Jahre später noch immer Gültigkeit hat, in Ihrem heutigen Umfeld um!**

Selbstverständlich ist auch der eine oder andere Ratschlag Geschichte – aus einer Zeit, die es so nicht mehr gibt.

*Parteigeschichte siehe auch nächste Seite...*

## Tretet der «NATIONALEN AKTION GEGEN DIE ÜBERFREMDUNG VON VOLK UND HEIMAT» bei!

Was jeder einzelne gegen die Überfremdung tun kann!

1. Aufklärung über die Gefahren der Überfremdung, über die Ziele der «Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat» und über die Nutzniesser der Überfremdung in Ihrer Partei, in Ihren Vereinen, im Geschäft, kurz überall dort, wo Sie mit Mitbürgern zusammenkommen: **Jeder macht Propaganda von Mund zu Mund!**
2. Achten Sie bei Wahlen besonders sorgfältig darauf, dass Sie Ihre Stimme denjenigen Bürgern geben, von welchen Sie wissen, dass sie die Überfremdung bekämpfen: **Wählt Bekämpfer der Überfremdung in die Behörden!**
3. Bekämpfen Sie das Wort «Fremdenhass». Es ist das einzige, aber äusserst wirksame Kampfmittel der Nutzniesser der Überfremdung in der Öffentlichkeit. Es will doch keiner ein Fremdenhasser sein. Dabei sind «Fremdenhass» und «Sinn für gesunde Proportionen» doch zwei ganz verschiedene Dinge. Deshalb: **Bekämpfen Sie das Wort «Fremdenhass»!**
4. Wenn Sie in der Zeitung irgend etwas lesen, das den Kampf gegen die Überfremdung verunglimpft, lächerlich macht oder bagatelisiert, wenn Sie selbst irgend etwas erleben, das gegen die Überfremdung vorgebracht werden kann: **Schreiben Sie an die Zeitungen!** Auch wenn Ihre Zusendung nicht veröffentlicht wird, ist doch der Eindruck der Zeitungen, dass der Kampf gegen die Überfremdung zunehmen, von anormaler Bedeutung.

5. Sterilisieren Sie wieder Früchte, kochen Sie wieder Konserven, machen Sie Flecken in den Kleidern selbst aus, dämpfen Sie Kleider selbst, ersetzen Sie eine defekte Dichtung selbst, unterhalten Sie Ihr Fahrzeug selbst. Wenn 100 000 Schweizerinnen und Schweizer im Tag irgend etwas selbst tun, und sind es nur 20 Minuten im Tag, können allein dadurch in der Konservenfabrik, im Reinigungsinstitut, in der Garage usw. 4000 Fremdarbeiter eingespart werden. Deshalb:

**Machen Sie selbst, was Sie selbst machen können!**

6. Denken Sie daran, dass jedes Gerät schweizerischen Ursprunges zu einem Drittel durch Fremdarbeiter hergestellt wird. Wenn Sie etwas brauchen, kaufen Sie ausländische Waren, ausgenommen landwirtschaftliche Erzeugnisse. Es tont im ersten Moment befremdend, wenn heimatliebende Schweizer diesen Rat geben und befolgen. Wir erreichen mit dieser Massnahme aber einen doppelten Zweck: Einmal beschäftigen wir weniger Hände im Lande und dann belasten wir die Handelsbilanz, was wiederum die Finanzalarmiert. Deshalb:

**Kaufen Sie ausländische Erzeugnisse solange, bis der Fremdarbeiterbestand wieder auf ein erträgliches Mass reduziert ist!**

7. Jeder bewilligte Kredit für Schulhäuser, Spitäler, Strassen, Kläranlagen, Kirchen usw. beschäftigt fremde Hände, die wieder ihre Bedürfnisse haben (Infrastruktur). Deshalb: **Lehnen Sie bei Abstimmungen jeden, aber ausnahmslos jeden Kredit ab! Vieles wird dann gar nicht mehr benötigt!**

# Grundsätze der Nationalen Aktion gegen die Überfremdung von Volk und Heimat

Der von allen Parteien und Behörden tolerierten Fremdarbeiter-Invasion ist Einhalt zu gebieten.

Um unserem Willen Nachachtung zu verschaffen, werden wir uns durch eigene Listen an den massgebenden Wahlen beteiligen.

Wir werden Initiativen und Referendum ergreifen, um die Zahl der Ausländer in der Schweiz auf die Zahl der Schweizer im Ausland zu senken.

Wir müssen jene überbordende wirtschaftliche Expansion bekämpfen, die nur noch den Profit aber keine Heimat mehr kennt. Wir wollen uns in der Schweiz wieder daheim fühlen.

## Innenpolitik

Erhaltung der schweizerischen Eigenart durch rückwirkende Verschärfung der Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligungen. Sämtliche diesen Bereich tangierenden zwischenstaatliche Abmachungen sind obligatorisch dem Volke zu unterbreiten.

## Aussenpolitik

Absolute Neutralität in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht.

## Militärwesen

Erhaltung der Wehrkraft im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Keine Rüstungsaufträge an überfremdete Betriebe. Import von Waffen anstatt Lizenzherstellung durch ausländische Arbeitskräfte.

Eine durch Aufrüstung bedingte Überfremdung hat mit Landesverteidigung nichts mehr zu tun.

Abschaffung des «Dienstsonntags» in den Wiederholungskursen.

## Persönliche Freiheiten

Versammlungs-, Meinungs-, Presse-, Glaubens- und Gewissensfreiheit.

## Sozialrecht

Ausbau der AHV zur Vollversicherung und entsprechender Abbau der privaten Zwangspensionskassen.

Einbau der Kinderzulagen in die AHV und damit endlich die gesetzliche Gleichstellung aller Schweizer.

## Wirtschaft

Reale Währungspolitik durch Anpassung unserer Währung an diejenige unserer wirtschaftlich stärksten Partner.

Sofortige Aufwertung ohne Berücksichtigung privater Interessen.

Die Anlage zweifelhafter Auslandskapitalien ist zu unterbinden.

Abbau des Zollschutzes für überfremdete Betriebe. Freigabe der Schrottausfuhr.

## Landwirtschaft

Anwendung des Landwirtschaftsgesetzes nur für Betriebe mit einheimischen Arbeitskräften.

## Gesundheitswesen

Verschärfung der Bestimmungen über Lärmbekämpfung, Gewässerschutz und Luftverunreinigung. Deklaration der chemischen Zusätze auf Lebensmittelpackungen. Ununterbrochen grossangelegte Aufklärung über Gesundheitsschäden durch Genussmittel und damit vermehrte Anstrengungen zur Erhaltung der Volksgesundheit.

## Gemeinde- und Staatsfinanzen

Die Staats- und Gemeindehaushalte sind in der Hochkonjunktur ausgeglichen zu budgetieren.

Die in den letzten Jahren ungeheuer angesügte Verschuldung im ausserordentlichen Verkehr ist durch massive Tilgungen zu reduzieren und soll die gegenwärtige Höhe keinesfalls mehr überschreiten.

## Erziehung

Jeder Schweizer hat das Recht auf eine seinen Fähigkeiten entsprechende unentgeltliche Ausbildung.

Reduktion der Lehrzeiten auf maximal 3 Jahre durch rationale Berufsausbildung in Gewerbe und Industrie.

Einheitliche Maturaprüfung für alle schweizerischen Lehranstalten. Leistungsprämien für erfolgreichen Abschluss von Lehre, Matura und Studium.

Ausbildungsbeiträge an ausländische Studenten sind nur an geprüfte, unserem Niveau entsprechende Kandidaten auszurichten und dürfen niemals die an Schweizer Studenten ausbezahlten Beiträge überschreiten.

Entfernung ewig Studierender von unseren Hochschulen.

Einheitliche Ausbildung unserer Lehrkräfte für alle Bildungstufen.

Auf die Neuzeit konzentrierter Geschichtsunterricht, dem die aus zwei Weltkriegen bitter erkämpfte Erkenntnis zugrunde gelegt werden soll, dass Kriege im heutigen Zeitalter keine Probleme mehr gelöst, sondern nur noch schwerer lösbar zurückgelassen haben.

Der Krieg ist nicht der Vater aller Dinge.

## Helmschutz

Die Überfremdung als Ursache riesiger Überbauungen lässt ganze Landschaften verschwinden.

Die Durchföhrung unserer Grundsätze gibt uns wieder Zeit, in Ruhe unsere zusammengedrängten Räume zu planen.

Gottfried Kellers Wehlspruch:

**«Achte jeden Mannes  
Vaterland, aber das  
deinige liebe!»**

soll uns mahnen, unsere Heimat,

**die Schweiz den  
Schweizern zu erhalten**

F. Meier, Ellikon

**Wir feiern das 50-Jahr-Jubiläum am 1. August 2011 in einem grösseren Rahmen miteinander.  
Reservieren Sie sich dieses Datum schon heute!**

# Atom-Katastrophe in Japan; vor- und nachher!



Robert Berner,  
SD/NA-Politiker  
der ersten Stunde,  
Rheinfelden

**Die Schreckensmeldungen häufen sich:** Am 16. März finden sich folgende fette Überschriften in der «Aargauer Zeitung»:

- Radioaktivität entweicht unkontrolliert;
  - Im Bann der radioaktiven Wolke;
  - AKW gerät ausser Kontrolle;
  - SP und Grüne ringen um Vormacht in der AKW-Debatte;
  - Dem AKW Mühleberg könnte letztes Stündlein schlagen;
  - Gaskraftwerke einzige Alternative;
  - Baueingabe für Holzkraftwerk Kaiseraugst;
- dazu mehrere ähnliche Schlagzeilen und Texte.

**Jetzt geschieht das,** wovor unsere Partei SD/NA als **Allererste** gewarnt hat, und was jetzt die Linke,

anfänglich für die «saubere Kernenergie» eingetreten – und als «eigenes Bier» verkauft. Dabei waren wir es, die als Erste vor der «strahlenden Zukunft» gewarnt haben. **«Verzicht auf den Bau weiterer KKW...»** (Politisches SD-Programm 1983–1987). **«Mittelfristiger Ausstieg aus der Atomenergie»** (Politisches SD-Programm 1995–1999). Die Linke erwachte erst nach «Tschernobyl» aus ihrem Glauben an den grenzenlosen Fortschritt.

1985 erteilte der Bundesrat die Rahmenbewilligung für «Kaiseraugst».

**1986 ereignete sich der GAU von Tschernobyl.** Erst jetzt erwachte die SP aus ihrem Glauben an unbegrenztes Wachstum. Als in Kaiseraugst Baumaschinen auffuhren, das «Gelände» besetzt wurde – mit tatkräftiger Hilfe sonst staatsreuer Baselbieter Bauern, reiste auch unser damaliger **Parteipräsident Valentin Oehen** zur «Vollversammlung» in die Zeltstadt. Dort bemächtigten sich aber meist lautstarke Linke für ihre Parolen der Mikrofone. Unser Zentralpräsident kam nur mit Mühe zu Wort. Alles artete aus in ein ideologisches Seil-



**Schnapsschuss vom besetzten Kaiseraugst-Gelände 1975:** Auf dem Bänkli sitzend mit Dächlikappe – Valentin Oehen; rechts von ihm seine Ehefrau Bernadette. Daneben mit Rucksack die damalige NA-Parteisekretärin Anita Wilhelm.

ziehen! Unsere Partei wurde sodann von den Medien auf die «hinteren Bänke» verwiesen, auf zweitrangige Probleme wie Einwanderung, Drogen, Kriminalität. Heute geht es um mehr: **Das Überleben auf unserem Planeten!**

Bis jetzt waren kapitalistische AKW des Teufels, sozialistische aber sicher! Die heutigen Ereignis-

se mit dem Zusammentreffen von Erdbeben – Tsunami – Versagen der Reaktor-Kühlung – sind kein Freipass für die Atomlobby. Ein blosser Marschhalt à la Doris Leuthard genügt nicht!

**Unsere Partei hat früh und deutlich vor der Atomtechnologie gewarnt, was wir uns heute auch zugeute halten dürfen...**

## Katastrophe von Fukushima und die SD

Schon immer war die NA, später SD genannt, gegen die Atomwirtschaft, also zuerst gegen den Einstieg, dann für den Ausstieg aus der Atomenergie. Selbstverständlich ist, dass, wenn sich die Politik für die Atomenergie entscheidet, der Ausstieg nicht von einem Tag auf den andern möglich ist. Zitat aus dem politischen Programm, Abschnitt «Energiepolitik», nie revidiert, **immer noch gültig:**

«Die Energiepolitik darf sich nicht auf den vermeintlich zwingenden Bedürfnissen von Wirtschaft und Konsumenten richten, weil der Energieverbrauch ohne wirksamen Gegendruck stetig zunehmen wird. Vielmehr muss die Forschung Wege aufzeigen, wie der Energieverbrauch verringert werden kann. Mehrverbrauch belastet die Umwelt. Je mehr Energie in ein System eingeführt wird, umso mehr wird dessen Wachstum angeheizt und umso störanfälliger wird es. Wir fordern:

- Förderung von Wärmeisolationen an Gebäuden und Anlagen;
- Einführung einer sozialen Energieverbrauchssteuer;
- Abschaffung der Mengenrabatte bei allen Energieträgern;
- Vermeidung unnötiger Klimaanlagen;
- Förderung energiesparender Techniken, z.B. Wärmekopplung, Wärmepumpen, Nutzung der Sonnenenergie ...;
- schrittweiser Ersatz der umweltschädlichen Energieerzeugung aus erschöpfbaren Quellen (fossile Energieträger, Uran) durch umweltfreundlichere Quellen (Holz, Wasser, Sonne, Wind, Erdwärme);
- Bauten mit Sonnenkollektoren;
- Ausbau und Erneuerung älterer Wasserkleinkraftwerke;
- mittelfristiger Ausstieg aus der Atomenergie.»

Vielleicht kommt jetzt etwas Bewegung in unsere nationale Energiepolitik! Dr. Jean-Jacques Hegg, e. Nationalrat, Dübendorf

### Leben und Umwelt

## Bedrohte Fließgewässer...

Ökologisch «besonders wertvolle Gewässer» sind stark beeinträchtigt. Hauptgewässer in den Alpen und im Mittelland sind teilweise durchgehend verbaut. Dazu sind 15 800 km «stark betroffen oder ganz trocken gelegt», bestätigte der Bundesrat im Juni 2007 in seiner Botschaft zur **Gewässerschutzinitiative**. Fristen für die Sanierungen wurden im Parlament mit knapper Mehrheit immer wieder verschoben und verlängert.

Während die Sanierungsmassnahmen auf sich warten lassen, werden stets grössere Gewinne verbucht und weitere Kleinkraftwerke gebaut. Wenn alle 620 bewilligt werden, sind bisher unbeeinträchtigte Fließgewässer, Kulturlandschaften, Schutzgebiete und BLN-Inventare bedroht. Mit dem neuesten Wasserkraftwerk im Bündner Lugnez wollen die Kraftwerke Zervreila sogar 6 von 7 Wasserfassungen im geschützten Greina-BLN-Inventar durchsetzen. Wie die Nordostschweizer Kraftwerke mehrere Dutzend Fische am Seitenfluss des Vorderrheins auf

brutale Weise verenden liessen, berichtete das Schweizer Fernsehen am 16. Juni 2010.

Im Gegensatz zu anderen Elektrizitätsgesellschaften lassen die NOK im Rein da Sumvitg zeitweise überhaupt kein Restwasser laufen, obwohl die Bundesverfassung seit Dezember 1975 «die Sicherung angemessener Restwassermengen» vorschreibt. Aus: Greina News

### Kurzes Gedächtnis?

«Die SVP sei die **einzige** Partei gewesen, welche vor den Gefahren der Personenfreizügigkeit gewarnt habe...»  
Nationalrat Simon Schenk, SVP/BE, in der «Arena» vom 29. April 2011

Richtig ist hier: Die Schweizer Demokraten haben die Personenfreizügigkeit immer **einstimmig** abgelehnt. Bei der SVP gab es hingegen **immer wieder** auch Befürworter der Personenfreizügigkeit. Pfui!

## SD-Marktplatz

**Suchen Sie etwas?** (ein Handörge-  
li oder eine/n Freund/in). **Möchten  
Sie etwas verkaufen, vermieten,  
verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie  
uns Ihr Anliegen mit. Oder schrei-  
ben Sie uns per Briefpost/Post-  
karte; noch besser per E-Mail. Der  
zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und **aussagekräftig** sein! Diese  
**Kleininserate** erscheinen max. 2-  
mal im «Schweizer Demokrat»  
und sind für die SD-Familie **gratis**.  
Normalerweise wird im Kleininserat  
für die Kontaktaufnahme die  
**Telefonnummer** des/der Auftrag-  
gebers/in abgedruckt. Aber andere  
Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail).  
Bei ganz persönlichen Dingen ist  
ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In  
diesem Fall bitte Ihrer Briefsen-  
dung an uns Fr. 10.– (Note) beile-  
gen. Wir leiten dann die eingegan-  
genen Briefe an Sie weiter. Bitte  
Ihre Postanschrift nicht vergessen.  
Volle Diskretion zugesichert!

**Kontaktadresse:** SD-Marktplatz,  
Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15  
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt mög-  
lich auf  
[www.schweizer-demokraten.ch](http://www.schweizer-demokraten.ch)

### Wer sucht, der findet!

#### DIENSTLEISTUNGEN

**Steuererklärung 2010.** Kompeten-  
ter Fachmann füllt Ihre Steuer-  
erklärung bei Ihnen zu Hause  
(Bern und Umgebung) aus und gibt  
Ihnen entscheidende Steuertipps.  
Ab Fr. 60.–.

Telefon 031 941 06 73

E-Mail: [j.p.schwab@bluewin.ch](mailto:j.p.schwab@bluewin.ch)

#### ZU VERMIETEN:

**Seriöse und preiswerte Mietwagen  
Kleinwagen, Limousine, Kombi,  
Van, Roller, Motorräder**, ab Fr.  
600.– mtl. inkl. 2000 km; Motos ab  
Fr. 200.–. Die Fahrzeuge können  
auch pro Tag oder Wochen gemie-  
tet werden; für die ganze Schweiz.  
Region Biel.

Telefon 076 369 28 28

#### ZU MIETEN GESUCHT:

Gesucht in **Uster** von ruhiger  
Schweizerin in neuem Haus:  
**1- bis 2½-Zimmer-Wohnung im  
EG.** Keine Treppen und Tritte beim  
Zugang. **Telefon 078 772 68 11**

#### GESUCHT:

Kaufe von privat **altes Spielzeug**  
vor 1970: Eisenbahnen, Blechau-

tos, Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten,  
Dinky Toys, Teddybären usw.

Auch alte Ansichtskarten vor 1950,  
alte Pfadiabzeichen, Aufnäher usw.,  
Region Zürich.

Telefon 079 643 55 64

#### Gesucht – günstig oder gratis:

**Fotos, Postkarten, Prospekte**, mit  
Abbildungen von Menschen, Objekten,  
Gebäuden, Landschaften usw.  
für den Abdruck im «Schweizer  
Demokrat» (Bebildung von Artikeln).  
Kontaktadresse: **SD-Sekretariat in  
Bern. Telefon 031 974 20 10, Fax  
031 974 20 11**

[schweizer-demokraten@bluewin.ch](mailto:schweizer-demokraten@bluewin.ch)

#### ZU VERKAUFEN:

**Bio-Knospen Olivenöl und Schweizer  
Essig** von Waldkirch SG, Region  
Ostschweiz,

Telefon 071 244 72 76 oder  
[thomas-fischer@bluewin.ch](mailto:thomas-fischer@bluewin.ch)

**6 Paar Arbeitshosen von «Lut-  
teurs»**, mit leichter weisslicher  
Maserung (je 3 blaue und 3 grüne),  
ungebraucht, Grösse 44, Fr. 74.– je  
Stück. Stadt Bern.

Telefon 031 971 09 38

E-Mail: [enicobarisi@bluewin.ch](mailto:enicobarisi@bluewin.ch)

**Diverse Saab 9-5**, Klima, Leder,  
Automat, top Zustand, ab MFK, Ga-  
rantie, ab Fr. 5900.–, Tausch, Teil-  
zahlung ohne Anzahlung möglich,  
weitere Fahrzeuge. Stadt Bern.

Telefon 079 304 74 51

**Quarzuhr**, Omega mit Datuman-  
zeige (mit Originallederarmband),  
70er-Jahre. Fr. 200.–. Zudem Rado-  
Imitation, Fr. 30.–. **Neue Fitness-  
und Muskel-Stimulationsgürtel** mit  
6 Programmen. Neupreis Fr. 98.–  
(mehrere verfügbar). Verkauf jetzt  
für Fr. 30.–. Bei Abnahme von zwei  
Stück Fr. 50.–. Region Biel.

Telefon 032 331 91 35

#### EIN GUTER RAT:

**Schlüsselbund schon mal verloren?**  
Befestigen Sie an Ihrem Schlüssel-  
bund eine billige Plastiketikette und  
vermerken Sie darauf ihre **Handy-  
Nummer** (niemals Ihre Festnetz-  
Nr.!) und erwähnen Sie: Finderlohn  
von Fr. ? zugesichert!

#### BEKANNTSCHAFTEN:

**Schweizer**, 50plus, 185/85, NR,  
sucht Schweizerin für Ferien und  
Freizeit. Bern +100 km. Mache ge-  
ne Camping, Schwimmen, Sauna;  
tanze und koche gerne. Gruss, bis  
bald! **Telefon 079 333 68 68.**

#### PERSÖNLICHES:

**Hallo, ...ich bin Madlen Küng aus  
Basel.** Ich war früher sehr aktiv in  
der Partei! Jetzt geht eben vieles  
nicht mehr, leider! Aus gesundheitli-  
chen Gründen bin ich ins Alters-  
heim umgezogen. Als Info für jene,  
die mich suchen oder kontaktieren  
möchten: Ich habe eine neue Adres-

se und auch eine neue Telefonnum-  
mer! Altersheim Gundeldingen,  
Bruderholzstrasse 104, 4053 Basel  
**Telefon 061 367 85 84.** Eine jede  
Kontaktaufnahme freut mich!

#### AUSSTELLUNGSHINWEIS:

### Schweizerisches Freilicht- museum Ballenberg

**Bei uns stehen die Türen offen!**

...treten Sie ein und schauen Sie  
sich um: in Küchen, Kammern und  
Wohnstuben in originalgetreu wie-  
deraufgebauten Häusern und Höfen  
aus alter Zeit.

**Bei uns düfen Sie beim Arbeiten  
zuschauen!**

...Handwerker zeigen Ihnen Schnit-  
zen, Korben, Weben und Klöppeln  
bis hin zum Käsen und Backen.

**Bei uns sind alte Bräuche aktuell!**

...In speziellen Veranstaltungen  
führen wir Ihnen traditionelle Brä-  
uche vor, z.B. Trachten und Tänze,  
Brächette und Herbstmarkt. Die Da-  
ten und detaillierte Informationen  
erfahren Sie aus unserem Veranstal-  
tungskalender [www.ballenberg.ch](http://www.ballenberg.ch)  
oder per Info-Telefon 033 952 10 40.

**Bei uns stehen Ihnen für Hunger  
und Durst**

...drei gemütliche Gasthöfe zur Ver-  
fügung. Auch Picknick-Plätze und  
das Holz zum Grillieren sind schon  
parat.

Mehr über das Freilichtmuseum im  
Berner Oberland unter: **Telefon 033  
952 10 30; [www.info@ballenberg.ch](http://www.info@ballenberg.ch)**

### Elektronische JSD-Zeitung

<http://www.volkundheimat.ch>

Jetzt unterschreiben!

### Eidg. Mindestlohn-Initiative

heute wären dies pro Std. Fr. 22.– (Tel. 031 329 69 69)

### Eidg. Volksinitiative

«Schutz vor Rasern»

Tel. 044 737 48 29

## Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



**Bezirk Baden und Umgebung:**  
Stamm im Hotel «Winkel-  
ried», Landstr. 36, Wettingen.  
Jeden 1. Dienstag im Monat ab  
20 Uhr.

**Fricktal:** Stamm im Rest. «Weisses  
Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donner-  
stag im Monat ab 19.30 Uhr.



**SD Stadt Bern:** Höck (Vor-  
standssitzung, Gäste sind  
stets eingeladen!) im Restau-  
rant «Jäger», Murtenstr. 221,  
Bern-Bethlehem. Postauto

Nr. 101, Haltestelle Untermattweg  
(von dort ca. 1 Min. zu Fuss). Oder  
Tram Nr. 8 Richtung Brünnen-West-  
side, Haltestelle Säge (von dort ca. 5  
Min. zu Fuss). Jeden letzten Dienstag  
im Monat ab 20.00 Uhr.

**Berner Oberland:** Höck im Hotel  
«Milan» in Ringgenberg. Jeden  
1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.



**Winterthur und Umgebung:**  
Höck im Restaurant «Blume»,  
Wülflingerstrasse 236. Jeden  
1. Freitag im Monat ab 20 Uhr

(bei einem Feiertag eine Woche spä-  
ter).



**Luzern-Innerschweiz:**  
Höck im Rest. «Tribtschen»,  
im kleinen Saal, Kellerstrasse  
25a, Luzern. Jeweils am letz-  
ten Montag im Monat ab 20 Uhr.  
Erstmals am 30. Mai. Es ist immer  
jemand da!



**Kantonalsektion St. Gallen:**  
Stamm am 26. Mai im Schiess-  
keller, Wehrstr. 6 in St. Gal-

len/Winkeln. Jeweils ab 19.30 Uhr.  
Weitere Infos über Telefon 079 639  
06 07, abends.

**jsd-nordwestschweiz.ch:** Immer am  
1. Montag des Monats Stamm ab 20  
Uhr. Jetzt neu in der «Sportbar» an  
der Rheinstrasse 4 in Liestal. Wir  
sind alles Junge!

Weitere Anlässe bitte melden an:  
[info@sd-marktplatz.ch](mailto:info@sd-marktplatz.ch)





## Kanton Baselland



### Baselbieter Wahlen

## Die Zeit für uns kommt noch!

Selten haben wir einen so guten, breiten und intensiven Wahlkampf gemacht, wie bei den diesjährigen Landratswahlen. Flugblatt in jede Haushaltung, Partei-Zeitung verteilt, Plakataushang über 6 Wochen, erstmals Strassenaktionen, Internet-Auftritt, etwa 100 publizierte Artikel in den Dorfanzeigern (teilweise mit Photos der Kandidierenden), guten Zugang zu den Radio- und Lokalfernsehstationen. Das freie Wort wurde uns von den Medien unzensuriert gewährt. Und trotzdem gelang es uns nicht, im Baselbieter Landrat vertreten zu bleiben. Die «Atomdiskussionswelle», die Grünen, die SVP, die BDP und die GLP verhinderten unseren Erfolg. Ein SVP-Regierungsrat und 15 zum Teil prominente amtierende Landratsmitglieder wurden abgewählt – das ist neuer Baselbieter Rekord. Die neuen Parteien BDP und GLP schafften mit sozusagen keinem politischen Inhalt den Einzug in den Landrat und die «Atomdiskussionswelle» trug das Ihrige zum Resultat bei. Obwohl wir auch Atomkraftwerkgegner sind, konnten wir das nicht mehr rüber bringen in den beiden letzten Wochen vor den Wahlen.

Und obwohl uns niemand übersehen konnte, gingen wir in dieser politischen Konstellation zwischen neuen Parteien und eben dieser «Atomdiskussionswelle»,

wo der Begriff «Atom» von einem Tag auf den andern alles dominierte, ja überschattete, total unter. Das Thema Einwanderung rückte deshalb völlig in den Hintergrund! Sicher hat uns diese Konstellation am meisten geschadet. Uns fehlte aber auch das Geld, für mehr Insetrate, was ebenfalls entscheidend gewesen sein dürfte. Zudem ist noch ein Verbesserungspotential bei den neuen Kommunikationsmitteln vorhanden (Internet, Facebook und Twitter). Auch die Qualität der Photos der Kandidierenden liess zum Teil zu wünschen übrig. In all diesen Feldern müssen wir das nächste Mal noch besser arbeiten. Soweit die kritische Rückbetrachtung unseres Wahlkampfes.

### Wir danken den Spitzenkandidaten

- **Marco Schällmann, Junge SD (350 Stimmen)**, die Hälfte seiner Stimmen sind Zusatzstimmen von andern Listen, erfreuliche SD-Stimmensteigerung in seiner Wohngemeinde Bubendorf),
- **Christian Stich (151 Stimmen)** im kleinen und für uns schwierigen Wahlkreis Laufen),
- **Rudolf Keller (745 Stimmen)**, höchste Stimmenzahl aller SD-Kandidierenden, mehr als die Hälfte der Stimmen sind Zusatzstimmen von andern Listen! Der neu gewählte BDP-Landrat hat weniger Stimmen als Rudolf Keller.),

- **Urs Hammel (246 Stimmen)** im schwierigen SVP-Wahlkreis).

Und wir danken auch allen andern Kandidatinnen und Kandidaten, welche sich zur Verfügung stellten.

Danken wollen wir auch SD-Landrat John Stämpfli aus Münchenstein. Er erreichte in seinem kleinen Wahlkreis 291 Stimmen und steigerte die Parteistimmenzahl im ganzen Wahlkreis von 711 auf 770 Stimmen bei etwa gleich kleiner Stimmbeteiligung wie vor vier Jahren.



Und danken wollen wir auch unserem (neuen) SD-Landrat Josua Studer, Allschwil. Er war unser Zugpferd, der vielleicht etwas später den Weg in unsere Partei gefunden hat. Er erzielte 337 Stimmen, was ein gutes Resultat darstellt. Er hat bereits viel Arbeit geleistet!



### Wie geht es weiter?

Für Tränen gab es am Wahlabend gar keine Zeit. Noch am Sonntag haben wir entschieden, mit einer Baselbieter SD-Liste in die Nationalratswahlen vom 23. Oktober 2011 zu steigen. Auch über Namen haben wir bereits geredet. Zudem konkretisiert sich auch das Projekt einer Jung-SD-Nationalratsliste im Baselbiet. Beide Listen werden miteinander verbunden.

Zudem stehen in 11 Monaten Baselbieter Gemeindewahlen an. Da wollen wir beispielsweise im Allschwil SD-Fraktionsstärke im 40-köpfigen Einwohnerrat anpeilen. Mit Josua und Susanne Studer können wir dann bereits mit zwei Bisherigen antreten.

Es geht also weiter. «Viel Arbeit wartet auf die SD-Baselland», sagte Rudolf Keller, der ebenfalls an Bord bleibt. Aber es gilt auch, die Partei weiter personell zu erneuern. Die Unterschriftensammlung für die neue SD-Initiative zur Stabilisierung der Gesamtbevölkerung wartet nicht auf uns – wir müssen hierfür selbst Aktivitäten entfalten!

Und dann wurde noch etwas anderes klar im Wahlkampf: [www.smartvote.ch](http://www.smartvote.ch) hat gezeigt, dass wir als Partei nicht rechts stehen, sondern konservativ sind. Rechts bis rechtsextrem ist die unsoziale SVP und teilweise auch die FDP! Wir sind demgegenüber national und patriotisch denkend, mit grossen sozialen und ökologischen Tugfern. Ähnlich wie die Lega dei Ticinesi, das Westschweizer Mouvement des Citoyens, die FPÖ Österreichs oder der Front National in Frankreich, die sich äusserst erfolgreich als soziale Heimatparteien profilieren. Wir werden unser Profil auch noch schärfen müssen, um uns gegenüber der gesamten politischen Konkurrenz abzuheben. Nur so werden wir auch auf den Erfolgsweg zurückkehren. Und vielleicht wäre es gut, wenn wir uns der Lega und dem Mouvement annähern würden. Man wird von uns hören!

SD-Baselland



## Kanton Bern



## Nein zur Überbauung Holligen!

Anlässlich der Stadtratsdebatte vom 17. März 2011 hat sich Robert Meyer im Berner Stadtrat mit einem engagierten Votum gegen die Überbauung Holligen engagiert: «...Es geht im Wesentlichen einfach darum, dass hier 190 Wohnungen gebaut werden sollen. Die Vorlage wird dann natürlich noch ein wenig ausgeschmückt und mit ein paar Zückerchen versehen. Wir wollen doch alle eine lebenswerte Stadt, wir wollen Lebensqualität. Und Lebensqualität heisst, ich rede hier für mich und auch im Namen meiner Partei, dass wir eine grüne Stadt wollen. Für mich ist Bern eine noch ziemlich grüne Stadt; set-

zen wir uns dafür ein, dass es so bleibt. Aber wenn man jetzt hier anfängt – als nächstes überbaut man vielleicht das wunderschöne Viererfeld – verschwinden die schönen Grünflächen eine um die andere. Ich stelle eine gewisse Obsession fest, und zwar erstaunlicherweise nicht einmal bei den Bürgerlichen, sondern vor allem bei der SP, zu wachsen, mehr Bewohner zu haben in der Stadt. Vor allem von unserem Stadtpräsidenten hört man das, in jeder dritten Pressemitteilung liest man, die Bevölkerungszahl sei erfreulicherweise gestiegen. Ist das denn ein Ziel an sich,

dass Bern eine möglichst grosse Stadt ist und dass man mit Zürich und Genf mithalten kann? Ich will eine lebenswerte Stadt und nicht möglichst viele Leute; ich will Lebensqualität und dazu gehören für mich auch Grünflächen. Man muss sich vielleicht einmal grundsätzlich über die Bevölkerungspolitik unterhalten. Man hört auch immer das Argument der Wohnungsnot. Aber man kann sich ja fragen, ob es tatsächlich zu wenige Wohnungen gibt; vielleicht haben wir ja einfach zu viele Leute! Dann baut man Wohnungen, das fördert man allgemein. Aber wenn dann auch der Verkehr zunimmt, wenn diese Leute mit dem Auto herumfahren wollen, ist man dagegen. Das geht nicht ganz auf! Kürzlich konnte man sogar lesen, der neue Stadtplaner von Bern schlägt vor, irgendwo ein neues

Quartier von der Grösse des Kirchenfeldes zu bauen. Solche Ideen geistern herum, wie gesagt auf SP-Seite. Und was mich auch sehr erstaunt ist, dass einige Parteien, die das Wort «Grün» in ihrem Namen tragen, diese Vorlage hier unterstützen. Für mich ist es nicht schlimm, sogar eher positiv, dass es zwischen der recht dicht besiedelten Innenstadt und dem dicht besiedelten Bümpliz-Bethlehem noch eine Schmalstelle gibt mit einigen Grünflächen. Das darf ruhig so bleiben, darum unterstützen wir von den Schweizer Demokraten den Rückweisungsantrag von Luzius Theiler. ...»

**PS: Die Rückweisung wurde mit 63 zu 8 abgelehnt. Die SD der Stadt Bern empfiehlt die Überbauung Holligen am 15. Mai 2011 an der Urne abzulehnen.**

Die Meinung des Zentralpräsidenten...

# Die ECOPOP-Vorstandsmitglieder nehmen die Eiger-Nordwand in Angriff!



Markus Borner,  
e. Grossrat,  
SD-Zentral-  
präsident, Basel

Ich glaub's ja kaum und doch ist es eine Tatsache. Die ECOPOP (Ecologie et Population) lanciert eine eidgenössische Volksinitiative mit dem Titel «**Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen**». Ein Schritt in die richtige Richtung, gewiss – aber... Laut deren Initiativtext darf die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz infolge Zuwanderung im dreijährigen Durchschnitt nicht um mehr als 0,2 Prozent pro Jahr wachsen. Dies dürften jährlich etwa 12'000 bis 15'000 Personen sein! Somit ist dieser Initiativtext mit der vorgeschriebenen Dreijahresperiode sehr starr und unflexibel. Von den das Ganze zusätzlich sehr kompliziert machenden Übergangsbestimmungen spreche ich hier nicht mal!

- **ECOPOP erklärt: Mit dem Initiativtext fokussieren wir uns auf das Wachstum der Bevölkerung – weltweit(?), aber auch in der Schweiz.**
- **ECOPOP will politisch neutral(?) sein und dazu beitragen, dass alle politischen Gruppierungen konstruktiv zusammenarbeiten, um das grosse Problem der weltweiten Bevölkerungszunahme gemeinsam anzugehen: menschlich, sozial, ökologisch.**

Die ECOPOP verfolgt somit sehr ambitionöse und hochgesteckte Ziele!

## Bitte zuerst kleine Brötchen backen

Im ECOPOP-Bulletin vom März 2011 erklärte deren Präsident, Dr. Patrick Felder, im Leitartikel so ganz oberflächlich u.a., dass «**die Programme ALLER politischen Parteien – direkt oder indirekt – eine Förderung des Wachstums, insbesondere auch jenes der Bevölkerung beinhalten**». Offensichtlich hat er das Programm der Schweizer Demokraten oder vormal der *Nationalen Aktion* noch nie gelesen!

Man könnte es auch anders erklären... Solches geschieht nicht selten in totalitären Staaten! (Ohjeh, ohjeh, die ECOPOP-Leute wollen doch die **ganze** Welt verbessern!).

Und was mir auch nicht zusagt im Text der ECOPOP-Initiative, dass der Bund über die **Entwicklungshilfe(gelder)** auf die Geburtenfreudigkeit in Drittwelt-Staaten Einfluss nehmen soll. **Ist dies wirklich unsere Aufgabe?** Haben wir ein Recht dazu? Ich sage ja auch nicht, dass das schweizerische Demokratiemodell weltweit das «Beste» ist und auf alle Drittwelt-Staaten zu übertragen sei. Was massen sich da gewisse Leute überhaupt an? Zudem wird die ECOPOP-Initiative – falls man die 100'000 Unterschriften überhaupt zusammenbringt – wegen der **fehlenden Einheit der Materie** – mit grösster Wahrscheinlichkeit – als ungültig erklärt! **Bevölkerungsbegrenzung in der Schweiz und zugleich Familienplanung in Drittwelt-Staaten sind ganz unterschiedliche Sachgebiete, die nicht in EINE Volksinitiative «verpackt» werden können.** In den beiden Parlamentskammern in Bern wird übrigens bei der Behandlung einer Volksinitiative nicht nur nach staatsrecht-

lichen Gesichtspunkten, sondern (leider) sehr oft nach politischen Opportunitäten entschieden.

## Die SD-Initiative ist kein Schnellschuss!

Die leitenden SD-Organen und Fachpersonen (die im Staatsrecht «zu Hause» sind), arbeiteten im Verlauf eines Jahres einen eigenen (zweckmässigen) Initiativtext aus, welcher die «**Stabilisierung der Gesamtbevölkerung**» zum Ziel hat. **Unser Text ist kurz, allgemein verständlich und kein Wischi-Waschi.** Es gab in den letzten Monaten einige Kontakte mit ECOPOP-Exponenten. Wir äusserten unsere Bedenken betreffend der fehlenden Einheit der Materie in deren Initiativtext. Die ECOPOP-Herren wussten aber alles besser! Und diese Leute sputeten sich in den letzten Wochen – um so als erste einen Unterschriftenbogen präsentieren zu können.

Bekanntlich gewinnt nicht unbedingt jene Seilschaft das «Wettrennen» am Berg, die als erste in die Wand eingestiegen ist... **Was auf die ECOPOP-Truppe zukommt ist zu vergleichen mit Bergsteigen ohne Sicherungsseil!**

Ich persönlich bin enttäuscht von den Tricksereien der ECOPOP-

## Eidgenössische Volksinitiative für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung (Stabilisierungsinitiative)

Die Bundesverfassung wird wie folgt ergänzt:

Art. 73a (neu)

**Der Bund trifft Massnahmen gegen die Überbevölkerung der Schweiz.**

**Er sorgt für eine ausgeglichene Wanderungsbilanz zwischen der Schweiz und dem Ausland.**

Seilschaft. Übrigens hatten die Schweizer Demokraten an der DV von 2009 in Reinach (AG) einem wirklich kompetenten Vertreter der ECOPOP Gelegenheit geboten, deren Ziele und Argumente im Umweltbereich (die auch unsere sind!) in einem Vortrag darzulegen. Der Vortrag kam damals sehr gut an (nachzulesen im «SD», Nr. 6-2009). Auch auf unserer Zeitungsseite «**Leben und Umwelt**» wiesen wir im Verlauf der letzten Jahre regelmässig auf Publikationen und Artikel der ECOPOP hin.

Ich bin seit mindestens 25 Jahren Mitglied der ECOPOP (und ihrer vorherigen Organisation mit gleichen Zielen) und ich nahm hin und wieder an ECOPOP-Anlässen teil. **Was die ECOPOP mit dieser Volksinitiative nun betreibt, ist Schaumschlägerei auf hohem Niveau!** Ich bin nun vor wenigen Tagen **per sofort** aus diesem Verein ausgetreten! Ich werde deren Volksinitiative weder unterschreiben noch sonstwie unterstützen. ECOPOP hat sich auch hehre Ziele auf die Fahne geschrieben: «...gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus» – wie sie verlauten lassen. Gut so! **Ich bin jedenfalls gegen jedwelche Heuchelei. Ende der Durchsage!**

Sobald der Unterschriftenbogen unserer Eidg. Volksinitiative «**Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung**» – nach der Publikation im Bundesblatt – «startbereit» ist, werden wir diesen allen unseren Parteimitgliedern und Abonnenten zustellen, mit der Bitte, diesen zu unterzeichnen. Wir bitten um noch etwas Geduld!



## SD-DV in Suhr verlief produktiv und gesellig...

Unter den musikalischen Klängen eines Handörgelers (welcher auch unserer Partei angehört!) trafen sich am 26. März in Suhr (AG) fast hundert SD-Delegierte aus der ganzen Schweiz. Die Anwesenden hiessen u.a. den Initiativtext der **Eidgenössischen Volksinitiative «Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung»** einhellig gut. Zahlreiche Votanten gaben sich in der Diskussion sehr zufrieden, dass in dieser Angelegenheit von grosser Tragweite endlich etwas unternommen wird.



Der während Jahrzehnten mit vielen Aufgaben in der Partei betraute und in verschiedenen Parlamenten sehr aktiv gewesene **Dr. Jean-Jacques Hegg**, wurde per Akklama-



tion zum **Partei-Ehrenmitglied** ernannt.

Unter anderem wurden auch die bisherigen Parteileitungsmitglieder bestätigt, resp. mit neuen Aufgaben betraut: **Markus Borner**, SD-Zentralpräsident (neu), **Dr. Michel Dupont**, 1. Vizepräsident (neu), **Rudolf Keller**, 2. Vizepräsident (neu), dazu die weiteren Parteileitungsmitglieder: **Christoph Spiess**, **Urs Müller**, **Dr. Dragan Najman** (alle bisher).

Den **Aargauer Parteikolleginnen und Parteikollegen** unter der Leitung von Urs Müller gebührt für diesen reibungslos organisierten Anlass ein herzliches Dankeschön! Wir kommen gerne wieder...

## Jean-Jacques Hegg, Ehrenmitglied!

Dr. med. Jean-Jacques Hegg ist in den vergangenen Jahrzehnten einer unserer grossen und wichtigen Politiker gewesen. Er prägte unsere Partei sehr stark. Beruflich promovierte er über Schmerzmittelmissbrauch. 1964 erlangte er das Diplom als Facharzt für Psychiatrie FMH. Von 1965 bis 1992 war er Mitarbeiter des Fliegerärztlichen Institutes in Dübendorf. Als solcher war er für die Auswahl angehender Militär- und Swissairpiloten mitverantwortlich. Seit 1993 widmete er sich hauptberuflich seiner eigenen Arztpraxis. In der Schweizer Armee war er Major.

1955 war Jean-Jacques Hegg Schweizer Meister im 400-Meter-Lauf. 1969 gründete er die Arbeitsgemeinschaft für Sportpsychologie. Von 1974 bis 1982 war er der Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Sportmedizin.

Seine parlamentarische Laufbahn startete er als Mitglied der Nationalen Aktion 1974 als Gemeinderat von Dübendorf, ein Mandat, welches er mit Unterbrechungen bis 2004 innehatte. Von 1983 bis 1985 war er Mitglied des Nationalrates und von 1987 bis 1991 gehörte er dem Zürcher Kantonsrat an. Immer wieder stellte er seine Schaffenskraft in den Dienst unserer Partei. Jean-Jacques Hegg war



von 1980 bis 1990 Chefredaktor unserer Parteizeitung «Volk und Heimat» und später «Schweizer Demokrat». Bis heute hat er immer wieder Artikel für unsere Zeitung redigiert. Unvergessen ist seine grosse Mitarbeit, wenn es darum ging, unser Parteiprogramm weiter zu entwickeln oder Volksinitiativen mitzutragen. Er verfasste unter dem Titel «Biopolitik» ein Buch über sein antiglobalistisches und ökologisches Denken. Von ihm stammen auch Artikel über Sportmedizin, Sportpsychologie, Ethnologie, Bevölkerungspolitik und andere Themen.

**Wir danken Jean-Jacques Hegg für seine unermüdliche Arbeit für unsere gemeinsame Sache. Unter anderem durfte der sichtlich erfreute Geehrte unter dem Applaus der Delegierten eine Ehrenmitglied-Urkunde der Partei der Schweizer Demokraten entgegennehmen.**

## Gegen weitere Atom-Energie-Nutzung! Aufruf zur friedlichen Demo am 22. Mai 2011 in Beznau!

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau werden sich am 22. Mai 2011 an der Demonstration beim Kernkraftwerk Beznau ebenfalls beteiligen. Mit der Demo-Teilnahme wollen die SD auf die unverantwortbaren Gefahren der Kernkraftwerke aufmerksam machen und erachten die Teilnahme als legitimen Akt der Notwehr des Volkes. Die SD Aargau rufen deshalb die Mitbürgerinnen und Mitbürger jeden Alters auf, an der friedlichen Demo – für eine Zukunft ohne Kernkraftwerke – in Beznau teilzunehmen!



Je länger wir mit dem Ausstieg aus der Atomenergie warten, desto mehr Abfall wird produziert und desto schwieriger wird es, ein geeignetes Lager zu finden. Mit der Atomkatastrophe von Fukushima ist definitiv klar geworden, dass die sogenannten "Restrisiken" von Kernkraftwerken nicht zu verantworten sind und die bestehenden Kernkraftwerke – vordringlich die unsicheren und höchst umstrittenen Kernkraftwerke Beznau 1, Beznau 2 und Mühleberg – möglichst schnell und ersatzlos vom Netz genommen werden müssen. Es muss jetzt gehandelt werden, damit unsere Enkel uns nicht eines Tages für die Katastrophe verantwortlich machen!



## Kanton Basel-Stadt



### Abstimmung BS:

## Keinen Kniefall vor Spekulanten!

Es ist unglaublich, dass sogar Grüne und Umweltschutzverbände, nun nur noch dem **Gegenvorschlag** zur «**Familiengarteninitiative**» zustimmen. Was ist hier geschehen? Ein seltsames Gefühl beschleicht den Stimmbürger: Sind hier Schmiergelder von Seiten der Interessenverbände geflossen?

Zu den Fakten: Der Gegenvorschlag will lediglich 80 Prozent der Gartenareale erhalten; das heisst jeder fünfte Garten, bzw. jede Grünfläche im Eigenbesitz, verschwindet. «Enteignung» liegt voll und ganz auf der linken politischen Linie. Diesmal stimmen jedoch auch «bürgerliche» Wirtschaftsverbände in diesen fehlgeleiteten Trend mit ein. Warum? Weil es der Baubranche grundsätzlich völlig egal ist, ob ein von ihr erstelltes Objekt, wirtschaftlich rentiert oder nicht. Sie ist die Marionette der Bauherrschaft.

Der sogenannte Gegenvorschlag plus, ist ein salamitaktischer Trick, bei dem es zunächst darum geht, die Betroffenen, die kaum über grössere Summen für spätere Gerichtskosten verfügen, zu «beruhigen».

Frage: Was geschieht eigentlich mit dem seit Jahren viel zu schlecht rentierenden und auf

mehreren Stockwerken, mit tausenden von Quadratmetern Verkaufsfläche, allzu gigantisch gebauten Stückerreal?

Hier wäre eine Umnutzung zu Wohnraum nicht nur möglich, sondern das einzig Vernünftige. Neue Wohnhäuser wird es überdies bald auch auf dem Areal des ehemaligen Kinderspitals am Kleinbasler Rheinufer geben. Abgesehen davon gibt es in Basel einen beträchtlichen Teil von Einwohnern, die älter sind und ihre Wohnungen künden (müssen).

Die Bauaktivität im Bereich neuem Wohnraum in Basel könnte somit ins Überdimensionierte hinzielen! Wenn man fragt, wieviel Neuzuwanderung wir in Basel noch ertragen, um die Enge, aber auch die Schönheit unserer Stadt, noch angenehm und stresslos erleben zu dürfen, so kann nicht einmal der SP-Baudirektor persönlich klare Zahlen nennen. Konzeptlosigkeit ist diesbezüglich leider zu attestieren!

**Deshalb am 15. Mai 2011 zwei klare JA, sowohl zur «Familiengarteninitiative» als auch zum Gegenvorschlag und bei der Stichfrage ein Kreuz zugunsten der Initiative!**

Marcus Stoercklé jun., Basel

# Das schwere Erbe des Kolonialismus

in Nordafrika und im Nahen und Fernen Osten!

Niemand wird ernsthaft bestreiten, dass die sogenannten entwickelten Staaten schweres Unrecht auf sich luden, als sie über Jahrzehnte, ja gar Jahrhunderte die natürlichen Reichtümer der sogenannten Kolonialvölker ausbeuteten (und z.T. noch ausbeuten!) und sogar Zehntausende dieser Menschen als Sklaven verschleppten. Gar nicht zu reden von den ungezählten Todesopfern, die bei kriegerischen Handlungen anfielen. Kriege, die als Folge willkürlicher Staatenbildungen, ohne Rücksicht auf kulturelle Hintergründe, fast zwangsläufig entstehen mussten. Die unbedachte, oftmals übereilte Entkolonialisierung nach dem zweiten Weltkrieg und die unheilvolle Rolle des modernen Zionismus, trugen dann unheilsschwanger dazu bei, dass der schwarze Kontinent, Arabien, Südostasien und Teile des Fernen Ostens zu Krisengebieten wurden, die noch immer Anlass zu sehr ernsthaften Krisensituationen geben. Dazu kommen die Folgen des Jahrzehnte dauernden «Kalten Krieges» zwischen den Weltmächten mit ihren Stellvertreter-Kriegen und den enormen Ansprüchen der hochzivilisierten USA an Energieträgern und wichtigen Rohstoffen für die moderne Technik. Und im Hintergrund (Untergrund) spielen die Anhänger einer «Neuen Weltordnung» ihre unheilvolle Rolle, indem sie immer wieder die grösste Militärmacht unserer Zeit für ihre Zwecke einspannen können. Nachstehend habe ich Aussagen aus jüngsten Zeitungsmeldungen zusammengestellt, welche die Richtigkeit des obigen Titels belegen mögen.

## Nordafrika

Dass die Macht ablösung in **Ägypten** relativ glatt über die Bühne ging, verdanken wir dem Rat der Familienältesten der Kommandanten der Panzerregimenter. Diese hatten nämlich den Befehl von Mubarak und seinen Generälen erhalten, die Grossdemonstration auf Kairo's Hauptplatz zusammenzuschliessen. Auf den Rat ihrer Familien gingen sie dann geschlossen den Weg der Befehlsverweigerung und veranlassten so Mubarak und seine Gefolgschaft zum Einlenken. Welche Rolle die neue Führung im innerarabischen Dialog, im Verhältnis zu Israel und den alten Kolonialstaaten (USA, GB, F, etc.) spielen wird, ist noch völlig offen. Immerhin wurde eine Grossdemonstration nach Mubarak's Aus-



*Um Oel geht's – und nicht um Menschenrechte!*

scheiden, in welcher echte Demokratie gefordert wurde, brutal niedergeknüppelt. Kein gutes Omen für die Zukunft!

## Tunesien

Am 14. Januar 2011 wurde der tunesische Diktator Ben Ali vertrieben. Bereits vier Wochen später zeichnet sich die Entstehung eines muslimischen Gottesstaates ab und der Flüchtlingsstrom Richtung Europa bricht nicht mehr ab. Im alten Rotlicht-Viertel von Tunis wurden Prostituierte auf der Strasse erschossen, resp. man(n) nahm sie gefangen und schnitt ihnen an Ort und Stelle die Köpfe ab. Tunesier machten Jagd auf Christen und Juden. So wurde z.B. der polnische Priester Marek Rybinski am 18. Februar mitten in Tunis geköpft. Mehre jüdische Synagogen wurden in Brand gesteckt.

## Libyen

Über Jahrzehnte haben die westlichen Staaten wegen des Ölreichtums Libyens zu den üblen Spielen des Diktators Gaddafi gute Miene zum bösen Spiel gemacht. In den aktuellen militärischen Auseinandersetzungen tun sich die «Willigen» der Kriegscoalition schwer, um die Situation zu bereinigen. Was aus diesem Prozess wird, ist völlig ungewiss. Nach anfänglichem Versteckspiel der Amerikaner hat nun die NATO das Kommando übernommen. Unwillkürlich kommen einem die Erklärungen der USA von 2008 in den Sinn, die an einer Konferenz an der NATO-School in Oberammergau gemacht wurden:

- Die NATO muss darauf eingestellt werden, die Energieversorgung präventiv mit militärischen Mitteln zu sichern;
- Die mittelöstlichen Ölvorkommen wurden als **«our oil»** (unser Öl) bezeichnet und erklärt: **«...we take care of the big golden eggs and we know where they are»**. (...wir kümmern uns um die grossen goldenen Eier

und wir wissen, wo diese liegen.) – Die Sicherung der Energieversorgung wird zum militärischen Selbstzweck erklärt und versprochen, die **Beute** mit seinen «Vasallen» gerecht zu teilen.

Zudem ist dieser neue Krieg ganz offensichtlich der nun gewählte Weg aus der Finanzkrise. Noch vor einem Monat erklärte ein Finanzberater der US Regierung (Parag Khanna) auf die Frage, ob die USA das Schuldenproblem lösen werde, ganz klar mit **Nein, und es wird keinen Staatsbankrott geben, aber der Wert der Schulden wird verringert werden müssen, sei es durch einen Handelskrieg oder einen echten Krieg. Unsere Schulden sind unbezahlbar geworden.**

Zudem muss auffallen, wie hemmungslos das FED (US-amerikanische Notenbank) die Inflation, d.h. die Geldentwertung vorantreibt, indem immer wieder neu Hunderte von Milliarden Dollar aus dem Nichts geschaffen werden.

## Naher und Ferner Osten

Es hiesse «Wasser in die Aare tragen», würde man hier nochmals die Leidensgeschichte des Irak, Afghanistans, Vietnams und vieler

anderer ehemaliger Kolonien aufrollen. Erinnert sei lediglich an den Opiumkrieg gegen China und die schrecklichen Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung von Hiroshima und Nagasaki. Dies dürfte genügen, um die moralische Last der Schuld gegenüber diesen Völkern zu skizzieren.

## Der schwarz-afrikanische Kontinent

ist über die neoliberale Globalisierung erneut kolonialisiert worden. Nicht nur sind systematisch die autochthonen Kulturen vernichtet worden, die afrikanischen Ressourcen werden nach wie vor schamlos ausgebeutet. Weltbank und IWF spielen dabei eine traurige Rolle. Offenbar sind ihnen die Millionen von Arbeitslosen und die hungernen Menschen völlig gleichgültig. Es ist vorauszusehen, dass die Folgen für die alten Kolonialstaaten, die heutigen sogenannten Ersweltländer, dramatisch sein werden. Zu denken ist etwa an die Migrationsflut und/oder die Blockierung der natürlichen Ressourcen durch die neuen Machthaber.

**Die Lunte am Pulverfass kann sich jederzeit entzünden!**

*Hans Spitz, Köniz*

## Testament

*Liebe Freunde und Förderer der Schweizer Demokraten*

Oft wird zu Lebzeiten nicht daran gedacht, die Erbschaft zu regeln. In diesem Fall tritt der Staat als Erbe auf, wenn sich sonst keine Erben melden. Die Schweizer Demokraten sind auf Ihre finanzielle Unterstützung dringend angewiesen. Nur so können wir unseren unermüdbaren Einsatz für Volk und Heimat mit etwas weniger Geldsorgen weiterführen.

Möchten Sie die Schweizer Demokraten in Ihrem Testament begünstigen, sollten Sie daran denken, dass Ihre letztwillige Verfügung handgeschrieben und gar noch von einem Notar beurkundet wird. Ihr Text könnte wie folgt aussehen:

«Testament  
Hiermit bestimme ich die  
Schweizer Demokraten (SD)  
Postfach 8116  
3001 Bern  
zu meinen Erben.»  
Ort, Datum Unterschrift

Natürlich können Sie den Schweizer Demokraten auch einzelne Besitzgegenstände hinterlassen. Falls weiteren Erben bedacht wird, würde dies den Schweizer Demokraten einen Teil Ihres Vermögens zusichern.

Jederzeit können Sie Ihr Testament ändern, falls Sie keinen Erbvertrag abgeschlossen haben. Das handgeschriebene Testament können Sie zu Hause verwahren oder bei einem Notar hinterlegen. So hätten Sie die Garantie, dass Ihre letztwillige Verfügung nicht abhandenkommt, sondern auch berücksichtigt wird.

Wir danken Ihnen sehr für Ihr Vertrauen und für Ihre Unterstützung!

*Ihre Schweizer Demokraten*



## Le phénomène Marine Le Pen

Marine Le Pen fait main basse sur la droite

**C'est le phénomène politique du moment: la présidente du Front National progresse dans tous les sondages et tire un profit maximal de la déception suscitée par Nicolas Sarkozy.**

Ces lettres ne sont pas passées inaperçues. Décembre 2010: Marine Le Pen dresse un parallèle avec l'Occupation pour dénoncer les «prières de rue» de certains musulmans. La tempête médiatique, intense, s'arrête aux portes du siège national de l'UMP. Où de nombreux militants du parti majoritaire envoient aussitôt des courriers pour dire qu'«elle a raison», en les accompagnant parfois de leur carte d'adhérent découpée.

Le phénomène est suffisamment marquant pour que Jean-François Copé, devenu secrétaire général trois semaines plus tôt, décide de téléphoner lui-même à quelques-uns de ces militants en colère. Dans la foulée, une enquête de l'Ifop indiquera que **54% des sympathisants UMP approuvent les propos de Marine Le Pen.**

Des lettres, et des chiffres. Selon la moyenne des sondages d'intentions de vote pour la prochaine élection présidentielle, ils sont, en octobre 2010, 7% parmi les électeurs de Nicolas Sarkozy en 2007 à vouloir voter pour Marine Le Pen; en janvier 2011, ils sont 11%; en février, 18%; en mars, 21%. Et c'est ainsi que **la présidente du Front National progresse dans l'opinion**, l'extrême faiblesse du chef de l'Etat n'ayant d'égale que la calamiteuse performance des socialistes.

**«Ce n'est pas bonnet blanc, blanc bonnet avec son père»**

L'impuissance des partis de gouvernement à combattre les idées du FN s'accompagne d'une dédramatisation de la personne de Marine Le Pen, phénomène certes contesté, mais réel. «Il est difficile de diaboliser le bon sens, affirme Jean-Marie Le Pen. Moi, j'étais étiqueté. Du coup, Marine reprend les voix de l'UMP en défendant son propre programme, celui que Sarkozy avait [emprunté] au FN. Ce sont les vases communicants.»

Un conseiller de l'Elysée pointe la difficulté: «Non, ce n'est pas bonnet blanc, blanc bonnet avec son père. Quelqu'un de raisonnable pourrait signer des parts entières du discours de Marine Le Pen.» Pour un peu, ce sont des élus de l'UMP (Chantal Brunel, qui suggérait, le 8 mars, de «remettre dans les bateaux» les immigrés «qui viendraient de la Méditerranée») qui remplaceraient le FN sur le terrain du dérapage verbal.

Confusion des repères, confusion des frontières. La présidente du FN, qui a appelé ouvertement, le 11 mars, **les électeurs de l'UMP à la rallier**, assure avoir rencontré récemment deux députés de la majorité et fixé trois autres rendez-vous pour le lendemain des cantonales. «Ils disent que Sarkozy n'est plus capable de les faire gagner. On discute, c'est tout», explique-t-elle.

**Des frontières poreuses**

La forte porosité des électorsats prouve aussi à quel point les digues sont en train de sauter. En 1988, après que Jean-Marie Le Pen a obtenu 14,4% de voix à la présidentielle, Charles Pasqua déclare à Valeurs actuelles que «le FN se réclame des mêmes préoccupations, des mêmes valeurs que la majorité».

La présentation des chambres à gaz comme un «détail» de la Seconde Guerre mondiale, l'affaire de la profanation du cimetière de Carpentras en 1990 puis l'attitude de Jacques Chirac mettant un terme aux tentations d'une partie de sa majorité de sceller des accords locaux avaient freiné l'attraction du FN pour une part de l'électorat de droite.

L'actualité de ces dernières années s'est chargée de rapprocher les deux bases. «Le problème de l'UMP, c'est la popularité de Marine chez ses électeurs, note un proche de la présidente du FN. Elle est débarrassée des casseroles antisémites de son père et se trouve en adéquation avec ce qu'ils attendent. Il y a une fracture entre la direction légale du parti sarkozyste et le militant réel, qui ne comprend pas qu'il ne puisse pas y avoir un dialogue, ne serait-ce que du respect,



alors que Jean-Marie Le Pen n'est plus là.»

Au cours d'un déjeuner avec des parlementaires UMP, le 28 février, Sarkozy affirmait ne pas sentir menacé par Marine Le Pen. «Une fille à papa, qui n'a jamais rien fait», ajoutait-il, le 10 mars, devant l'équipe dirigeante de l'UMP. Il y a pourtant un problème: c'est le pouvoir qui se piège désormais lui-même, ce qu'attestent deux exemples récents.

**Le Pen capte les déçus du sarkozysme**

Dans son fameux discours de Grenoble, le 30 juillet 2010, Nicolas Sarkozy avait, disait-il, «pris ses responsabilités» et demandait que la nationalité française soit retirée à «toute personne d'origine étrangère qui aurait volontairement porté atteinte à la vie de toute personne dépositaire de l'autorité publique».

Dans la foulée, Le Figaro publie un sondage Ifop: 70% des personnes interrogées, 88% des sympathisants de l'UMP et 94% des proches du FN approuvent la mesure. Une attente est ainsi suscitée, qui sera vite déçue. Le 8 mars, **le gouvernement recule**, avec cette justification: «moins d'une personne par an» serait concernée.

L'autre exemple est fourni par **le débat sur l'islam, pardon, sur la laïcité**: s'il est d'emblée vicié, c'est d'abord parce qu'il a été précédé d'une autre manœuvre de l'exécutif, qui a viré au fiasco – le débat de 2010 sur l'identité nationale.

Dans les enquêtes confidentielles du gouvernement effectuées juste avant le remaniement, trois thèmes expliquaient la colère de l'opinion: la place de l'islam, mais aussi l'affaire Alliot-Marie, notamment en ce qu'elle portait atteinte à

### Marine Le Pen

Marine Le Pen est née le 5/8/1968. Si elle devient présidente de la République en 2012, elle aura 43 ans au début de son mandat, et 48 ans à la fin, en 2017.

Benjamine des 3 filles de Jean-Marie Le Pen, mère de 3 enfants, Marine Le Pen est avocate de profession.

Elle exerce les mandats de députée européenne, de conseillère municipale d'Hénin-Beaumont et de conseillère régionale d'Île-de-France.

Depuis fin 2007, Marine Le Pen est – avec Bruno Gollnisch – l'une des deux vice-présidentes exécutives du Front National. Elle y est en charge des affaires intérieures.

Si idéologiquement Marine Le Pen se positionne en digne héritière politique de son père, elle s'efforce de donner au FN une image moins caricaturale et plus «fréquentable». Elle a gommé de son discours les excès et provocations dont Jean-Marie Le Pen s'était fait une spécialité.

Marine Le Pen est ouvertement candidate à la succession de Jean-Marie Le Pen à la tête du Front National en 2010. En cas de succès, elle sera sans aucun doute candidate à la Présidentielle de 2012.

l'image de la France, et **la justice, considérée comme laxiste** ou inefficace après le meurtre de Laëtitia, en Loire-Atlantique.

Trois sujets capitaux aux yeux de cet électoral aux frontières de la droite et de l'extrême droite, trois sujets qui se trouvent tous être directement liés à l'action du président – auxquels s'ajoute un facteur de mécontentement récurrent qui le concerne tout autant, celui des promesses non tenues. L'envol de Marine Le Pen résulte avant tout d'une déception à l'égard du chef de l'Etat.

Suite en page 14

## Le phénomène Marine Le Pen

Suite de page 13

### «Il ne fait rien, il s'enfoncé; il bouge, il s'enfoncé»

Les intuitions de ce dernier sur le FN remontent pourtant loin. Le vendredi 19 avril 2002, Nicolas Sarkozy, de retour de son dernier meeting de la campagne présidentielle, à Orléans, avance un pronostic: «La France est à droite, on le verra dimanche. Et dire qu'on prétendait que l'on gagnerait au centre!» Deux jours plus tard, c'est le 21 avril... Animé par la même conviction en 2007, il réussit alors à «si-phonner» l'extrême droite de manière magistrale. Aujourd'hui, c'est l'effet boomerang: le voilà en même temps accusé de faire monter Marine Le Pen et menacé d'être éliminé par elle. «Il est dans les sables mouvants: il ne fait rien, il s'enfoncé; il bouge, il s'enfoncé», se réjouit la présidente du FN, qui moque le «parcours touristique du chef de l'Etat entamé au Puy-en-Velay», à l'initiative de Patrick Buisson, «le magicien d'hier dont

on ne voit aujourd'hui que les ficelles».

**Le conseiller officieux du président**, que Marine Le Pen a croisé en 2007, puisqu'elle avait assisté au déjeuner entre son père et le politologue, est aujourd'hui au cœur de la polémique sur la stratégie de Nicolas Sarkozy. S'il revendique d'avoir suggéré au chef de l'Etat de visiter des lieux de mémoire de l'histoire chrétienne de la France, il conteste formellement avoir initié le débat sur l'islam, de même qu'il rejette tout soupçon de pousser le FN pour éliminer le PS. «S'il n'y a pas un affrontement entre droite et gauche au second tour de 2012, le prochain mandat de Nicolas Sarkozy sera dépourvu de sens», confie-t-il à L'Express.

Le doute qui a gagné la majorité s'étend à l'ensemble des choix présidentiels. «La reconduction de François Fillon à Matignon donne l'occasion à Marine Le Pen d'incarner la rupture, notamment sur le social et le pouvoir d'achat», déplore un ancien ministre. Le projet de suppression de l'ISF, avant même que la crise économique soit ter-

minée, en inquiète d'autres, car le FN concentre une bonne part de son attention sur les victimes du «capitalisme mondialisé», améliorant ainsi sa cote parmi les classes moyennes.

A la peur du déclassement, moteur de la montée du populisme dans plusieurs pays européens, s'est ajoutée, ces dernières semaines, la crainte de nouveaux flux migratoires, provoqués par les révolutions arabes. Très vite, Marine Le Pen a décidé de **se rendre sur l'île de Lampedusa**, où arrivent des clandestins venus de Tunisie et, peut-être, de Libye. C'est dans ce contexte tendu qu'auront lieu, les 20 et 27 mars, les cantonales.

En 2004, le FN avait obtenu 12,1 % des voix et s'était maintenu au second tour dans 276 cantons. En raison de la faible participation annoncée et du relèvement du seuil de 10 à 12,5 % des inscrits, **il lui sera plus difficile de se qualifier le 20 mars au soir**. Une étude de l'Ifop pour La Lettre de l'opinion a identifié 198 cantons (sur les 1450 où il a un candidat) dans lesquels le FN pourrait parvenir au second

tour, essentiellement dans le Sud-Est et dans le Nord – Pas-de-Calais.

Ce sont surtout les reports de voix de la droite, là où elle aura été éliminée, qui seront auscultés à la loupe. L'UMP a une hantise: **que feront ses électeurs en cas de duel FN/PS**, auxquels l'Elysée s'attend dans plusieurs cantons? Renaud Muselier, député des Bouches-du-Rhône, a demandé plusieurs fois quelle serait la consigne. Réponse au soir du premier tour, a répondu Jean-François Copé.

Mais des personnalités du mouvement, de **la ministre Nathalie Kosciusko-Morizet** au président du Sénat, Gérard Larcher, ont déjà appelé à choisir le socialiste. Marine Le Pen prévient: «Si l'UMP appelle à voter contre nous, je donnerai pour consigne de faire battre tous les candidats de droite aux législatives de l'an prochain.» Tout en espérant prouver ainsi la réalité de la collusion «UMPS», susceptible, selon elle, de lui fournir de nouveaux contingents d'électeurs venus de la droite pour les batailles de 2012.

## Affaire Kadhafi: une honte de plus pour Genève!

Le Grand Conseil couvre les propos honteux du pro-kadhafiste Guy Mettan

Guy Mettan, lorsqu'il était président du Grand Conseil, s'était permis sans consulter même les membres de son bureau de tenir des propos pro-Kadhafi inacceptables.

Alors que deux citoyens suisses avaient été kidnappés par les sbires de Kadhafi et retenus en otage dans un lieu secret, alors que Kadhafi demandait à tous les musulmans s'entamer une guerre sainte contre la Suisse, alors que Kadhafi avait appelé à la destruction de la Suisse et son démembrement, le premier citoyen du Canton qu'était alors Guy Mettan s'était fait l'avocat du bourreau du peuple libyen et avait insisté sur la prétendue excellence des liens qui unissaient la Suisse et la Libye!

Pour qu'une pareille honte soit réparée, le MCG a demandé que ces propos pro-kadhafi soient retranchés du mémorial du Grand Conseil. Afin que les générations futures puissent constater que le Grand Conseil n'a pas cautionné ces propos amicaux tenus par son président en faveur du boucher de Tripoli.

Malheureusement, la majorité des députés a rejeté cette demande du



MCG, préférant couvrir Guy Mettan qui, en d'autres temps, aurait tout simplement été considéré comme un traître à la patrie.

Les Citoyens Genevois savent maintenant qui défend l'honneur du canton et qui l'avilit.

*Eric Stauffer, président du Mouvement Citoyens Genevois  
Roger Golay, vice président du Mouvement Citoyens Genevois*

Frontaliers engagés à la police

## La ligne rouge est doublement franchie!

**Le Conseil d'Etat, en engageant des frontaliers comme auxiliaires de police armés, dépasse toutes les bornes.**

Le Mouvement Citoyens Genevois a appris avec consternation par la presse que des auxiliaires de police étrangers avaient été engagés par Mme Isabel Rochat. Dans la lignée du type de gestion des magistrats PLR, dont on vient de voir un exemple catastrophique avec le scandale des villas louées à vil prix par le DCTI, Mme Rochat surenchérit. Non contente d'engager des frontaliers dans la fonction publique, elle les arme et leur octroie un poste d'autorité!

Le MCG a constamment soutenu que les résidents genevois devaient être embauchés en priorité dans l'administration publique. En outre, les postes d'autorité doivent être réservés aux seuls citoyens suisses. Il n'est pas acceptable que des personnes qui exercent une autorité sur la population soient de nationalité étrangère. Cela est encore plus vrai lorsqu'ils s'agit de personnes exerçant des tâches de police, dépositaires de la force publique et armés. Le bras armé de l'Etat doit être suisse. Maintenir l'ordre, réprimer les crimes et les délits font partie des tâches régaliennes de

l'Etat, qu'il ne peut déléguer qu'à ses nationaux. Ce dérapage de Mme Rochat est particulièrement grave. N'oublions pas que si les policiers sont armés, c'est pour se protéger et protéger la population.

Ils disposent donc du droit légal de tuer si nécessaire. Il est inadmissible que ce droit soit octroyé à des ressortissants étrangers.

Le MCG demande solennellement à Mme Rochat et au Conseil d'Etat de cesser cette pratique inacceptable, consistant à déléguer à des personnes de nationalité étrangère une des tâches fondamentales de l'Etat, celui de protéger, au besoin par la force, les biens et les personnes. Les résidents de Genève ne supportent pas l'idée que des étrangers puissent user de la force à leur égard dans cette tâche d'autorité. Nous avons même reçu des courriers de nombreuses personnes disant qu'elles n'obtempèrent pas à des injonctions d'étrangers, ne serait-ce que pour un contrôle d'identité. Cette sottise invraisemblable doit être réparée de toute urgence. Il en va de la dignité de la police, de son efficacité et de l'image qu'elle offre à la population.

*Soli Pardo, Membre du Bureau directeur du MCG, Constituant Eric Stauffer, président du MCG*

## Leserbriefe

**Flüchtlingsmisere: Die Lösung!**

Laut einer Studie verschiedener ausländischer Organisationen steht die Schweiz, was den Umgang mit Ausländern betrifft, europaweit nur auf dem 23. Rang. Beschämend ist, dass Rumänien, Griechenland und Italien in den Augen der Studienverfasser noch vor der Schweiz liegen! Was ist also zu tun, damit beispielweise Wirtschaftsflüchtlinge in Zukunft nicht einen grossen Bogen um unser Land machen und sich besser klassierte Gastländer aussuchen? Ganz einfach: Wirtschaftsflüchtlinge werden ab sofort nicht mehr in unpersönlichen Asylzentren untergebracht, sondern privat, bei Befürwortern des Asylwesens. Indem Letztere die Kosten für den Lebensunterhalt der Wirtschaftsflüchtlinge aus eigener Tasche befragen, beweisen sie, dass sie nicht nur fordern und die Kosten auf den Steuerzahler abwälzen wollen.

Wenn aber nicht genug Wirtschaftsflüchtlinge vorhanden sind, um die Nachfrage zu befriedigen? Ganz einfach, Gastgeber mit Töchtern im heiratsfähigen Alter erhalten prioritär einen Flüchtling zugewiesen. Denn Wirtschaftsflüchtlinge aus anderen Kulturkreisen lassen sich durch Heirat mit einer Schweizerin viel besser integrieren.

Im Rahmen dieser Aktion könnte auch unsere Aussenministerin Calmy-Rey – einem Paradiesvogel gleich – mit einem Kamerateam zu den Verfassern der genannten Studie eilen, sich für deren wertvolle Erkenntnisse bedanken und die vorgenommenen Verbesserungen erläutern. Als Beweis des Gesinnungswandels sollte sie nicht versäumen, stolz lächelnd, den von ihr privat aufgenommenen Wirtschaftsflüchtling vorzustellen.

*Otto Weiersmüller, Uetikon*

**Völlig verwandelte Schweiz...**

Grossvater väterlicherseits ackerte noch mit Kühen vor dem Pflug. Doch hatte er Mühe, sich wirtschaftlich durchzubringen. Nebenbei war er Wirt, Gemeindeförster und Aufseher in der Strafanstalt Lenzburg. Gezwungenermassen wechselte er als Werkmeister zu Bally in Schönenwerd. Unser Heimatdorf – typische alemannische Siedlung – jedes Bauernhaus mit eigenem Brunnen und eigener Quelle, strohgedeckten Dächern – ist jetzt peinlich geputzter Wohnort ohne Miststöcke.

Ich selbst ging an mehreren Orten des Aargaus zur Schule, erinnere mich an die erste elektrische Lokomotive und an das Elektro-Auto des Arztes, an die Dampfwalzen, welche die Strasse nach Aarau walzten. Neunjährig, zügelten wir in das langgestreckte Fricktaler Bauerndorf Möhlin, mit noch ungeteerten Strassen, Wässermatten (aus maria-theresischer, vorderösterreichischer Zeit), strohgedeckten, riesigen Dächern. Auch dort ist jetzt alles anders. Einst war die riesige Endmoräne mit dicker Löss-Schicht die Kornkammer der Nordschweiz, tiefgründig, ohne irgendeinen Steinbrocken. Die noch zahlreichen Bauern pflügten mit Pferden, ihre Söhne stellten eine Kavallerie-Schwadron. Heute bewirtschaften nur wenige Ausiedler mit Traktoren riesige Flä-

chen. Doch in Dorfnähe wird protzig immer höher gebaut, entstehen Blöcke auf fruchtbarem Bauernland. Dies unter einem SVP-Gemeindeammann. Bis zum Jahr 2035 (also in Bälde!) erwartet man im Aargau 140000 zusätzliche Einwohner (+23%). Da wollen natürlich SVP-Dorfmagnum mithalten! Einzig der Bauernverband schlägt halbpatzige Massnahmen vor: Noch verdichteteres und höheres Bauen!

Kaum jemand – ausser unsere Partei – käme auf die Idee, die Einwanderung zu beschränken. So sind wir immer noch die einsamen Rufer in der Wüste. Für mich – jetzt 92-jährig, im Dampfzeitalter Kind gewesen – ist die Schweiz stark verändert. Auf Bildern, wie in Schillers Tell: «Wie ein Garten ist das Land zu schauen». Nur wenn wir unsere Wolkenkratzer ausblenden. Wir haben uns – Jahrzehnte vor den «Grünen» – für unser Land eingesetzt. Alle Regierungsparteien – und auch die Grünen – vernachlässig(t)en sträflich und verkennen völlig die Probleme der Einwanderung und was neu hinzukommt: Die Islamisierung! Ohne Einwanderung würden wir auch keine Atomkraftwerke benötigen.

**Wunsch an unsere Partei: Sich wieder mehr mit den eigentlichen Existenzfragen beschäftigen.**

*Robert Berner, Rheinfelden*

**Problem ist die Einwanderung!**

Ende Januar stellte Bundesrätin Doris Leuthard ein neues Raumplanungskonzept des Bundes vor. Hauptziel sei eine bessere Nutzung des Bodens und die Bewahrung von Grünräumen, hiess es.

Eigentlich ist es ja sehr erfreulich, dass endlich von höchster Stelle aus festgestellt wird, dass die Zersiedelung von unserem kleinen Land endlich gestoppt werden muss. **Nur kommt diese Einsicht 50 Jahre zu spät.** Und eigenartig ist, dass über alles diskutiert und geschrieben wird, aber das Hauptproblem – die Einwanderung – fröhlich übergangen wird. Wann haben die Politiker endlich den Mut, dieses Problem zu lösen? Alle gut gemeinten Vorsätze fruchten nichts, wenn hier nichts Entscheidendes getan wird. Jährliche Einwanderungszahlen in der Grössen-

ordnung von 80'000 bis 100'000 Menschen können einfach nicht so hingenommen werden. Der Kollaps kommt früher oder später, und je schneller gehandelt wird, desto besser! Es kann doch nicht sein, dass alles aus den Nähten platzt – überfüllte Züge, Strassen, die bald nicht mehr befahrbar sind, Milliarden für die Infrastruktur zu Lasten der Steuerzahler! Wollen wir eine Schweiz für Schweizer oder eine Multikulti-Gesellschaft, die nicht mehr überblickbar und nicht mehr zu bändigen ist? Negativbeispiele in gewissen Ländern gibt es ja genug. Ein Riesenfehler ist m.E. der **freie Personenverkehr**. Für ein so kleines und attraktives Land wie die Schweiz ist dieser sehr fragwürdig und sollte unbedingt neu überdacht werden.

*Max Hess, Effretikon*

**Im Nahen Osten nicht Partei!**

Einer Notiz von weniger als 20 Druckzeilen in der Tagespresse entnahm man, dass das Territorium, respektive die Souveränität der Schweiz von einem britischen Konvoi mit Militärfahrzeugen und von überfliegenden Militärflugzeugen verletzt wurde; dies unter Berufung auf unsere UNO-Mitgliedschaft. Es wird erwähnt, dass der Bundesrat im sicherheitspolitischen Bericht von 2000 festgehalten habe, es sei wichtig, dass sich die Neutralität nicht zum Hindernis für unsere Sicherheit entwickle. **Die Verfasserin dieser Zeilen sieht im Gegenteil in der heutigen Haltung des Bundesrates ein grosses Hindernis für unsere Sicherheit!**

Wir sind nicht Partei im traurigen Geschehen im Nahen Osten; wir sind unbeteiligte Beobachter. Für unser Empfinden ist Neutralität nicht «beweglich», sondern etwas Verbindliches, solange wir nicht Partei eines Geschehens sind. Deshalb gibt es für uns Schweizer Bürger nur eine Folgerung: Austritt aus der UNO mit all den «Verpflichtungen», die den Stimmbürgern im Detail nie bekannt gemacht worden sind...

Wir sind souveräne Bürger dieses Landes und wir wollen über unser Geschick selber verfügen und uns nicht zu Handlungen verpflichten lassen, über die wir nie befragt worden sind...

*Ruth Weber, Andeer*

**Benehmen von Gaddafi ist «normal»**

Ich wundere mich, wieso der Bundesrat so erstaunt ist, wie sich Gaddafi benimmt. Dass dieser Mann nicht zurechnungsfähig ist, sollte man doch wirklich wissen. Ich erinnere mich noch sehr gut daran, als in den siebziger Jahren des letzten Jahrhunderts ein Flugzeug mit dem Staatschef von Sudan (übrigens ein Staat mit überwiegend islamischer Bevölkerung) über dem Mittelmeer und weit vom libyschen Hoheitsgebiet entfernt von Kampjets abgefangen und nach Libyen entführt worden ist. Mit einem Diktator, der sich nicht scheut, den Staatschef eines andern Staates zu kidnappen, sollten wirklich keine wirtschaftlichen

oder politischen Beziehungen unterhalten werden. Ich verstehe auch nicht, wieso Europa und die USA immer so vor den arabischen Oelstaaten zittern. Oel besitzen noch sehr viele andere Staaten, z.B. Russland, Nigeria, Venezuela, Mexiko und nicht zuletzt die USA selber, um nur einige wenige zu nennen. Die USA besitzen riesige Oelreserven, die sie aber schlauer- oder perfiderweise praktisch nicht ausbeuten; sie kaufen das Oel lieber auswärts. Wenn dann einmal die Oelreserven weltweit ausgeschöpft sind, können die USA jeden Preis für ihr Oel verlangen – die übrige Welt müsste ihn bezahlen.

*Dragan Najman, Baden*

Offizielles Organ der  
Schweizer  
Demokraten **SD** 

**SD-Zentralsekretariat**  
Postfach 8116, 3001 Bern  
Telefon 031 974 20 10  
Telefax 031 974 20 11  
Postkonto 80-2270-0  
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

**Redaktion**  
Schweizer Demokrat  
Postfach 8116  
3001 Bern

**Redaktoren:**

*Bernhard Hess, e. Nationalrat,  
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)*

*Rudolf Keller, e. Nationalrat/  
e. Landrat, Frenkendorf*

*Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden*

*Markus Borner, e. Grossrat, Basel*

*Friedrich Auf der Maur, Volketswil*

## SD lancieren Initiative zur Stabilisierung der Gesamtbevölkerung!

Die Schweizer Demokraten (SD) haben heute anlässlich ihrer ordentlichen Delegiertenversammlung in Suhr/AG eine Eidgenössische Volksinitiative zur Stabilisierung der Gesamtbevölkerung beschlossen und reagieren somit mit einem ökologisch ausgerichteten Volksbegehren auf den überall immer stärker werdenden Bevölkerungsdruck.

Gemäss Initiativtext soll der Bund Massnahmen gegen die Übervölkerung treffen und für eine ausgeglichene Wanderungsbilanz zwischen der Schweiz und dem Ausland sorgen. Auf konkrete Zahlen verzichtet die Initiative. Weder wird eine Bevölkerungsobergrenze genannt, noch ein Zeitraum definiert, der für die Wanderungsbilanz gelten soll. Mit ihrem neuen

Volksbegehren reagieren die SD auf den immer spürbareren Bevölkerungsdruck in der Schweiz. Im letzten Jahrzehnt hat die Bevölkerung um eine halbe Million auf heute 7,8 Millionen Menschen zugenommen. 500 Menschen leben durchschnittlich pro bebaubarem Quadratkilometer. Die Schweiz ist damit eines der dichtest bevölkerten Länder der Welt. Allein im Jahr 2009 seien gut 100'000 Personen mehr ein- als ausgewandert, halten die SD fest und verweisen auf überfüllte Züge, Wohnungsnot in den Ballungszentren, die Zersiedelung der Landschaft oder den steigenden Energieverbrauch. Die SD sehen in der Übervölkerung der Schweiz die wesentlichste Ursache der Umweltbelastung und bedauern, dass sowohl Bürgerliche wie auch Linke, bisher, infolge ihrer Wachstums-

gläubigkeit, sich auch nicht in der Bevölkerungsfrage zu einem Umdenken durchbringen konnten.

### Markus Borner neu SD-Zentralpräsident

Anstelle des Ende 2010 überraschend verstorbenen Ueli Brasser wurde einstimmig neu Markus Borner aus Basel als SD-Zentralpräsident gewählt. Markus Borner ist ehemaliger Grossrat in Basel-Stadt und führt zudem die kantonalen SD. Als erster Vizepräsident wurde Dr. Michel Dupont, Pully, bestätigt. Neu amtet der ehemalige SD-Nationalrat Rudolf Keller aus Frenkendorf als zweiter Vizepräsident. Allgemein herrschte an der SD-Delegiertenversammlung grosse Aufbruchstimmung.

*Bernhard Hess, e. Nationalrat,  
SD-Geschäftsführer*

**Stärken Sie die  
Schweizer Demokraten  
durch Ihre Mitgliedschaft!**

**Abonnement  
SCHWEIZER DEMOKRAT**  
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–  
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum Verteilen

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Beruf: \_\_\_\_\_ Jahrgang: \_\_\_\_\_

Strasse/Nr.: \_\_\_\_\_

PLZ/Wohnort: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Datum: \_\_\_\_\_

Unterschrift: \_\_\_\_\_

Schweizer Demokraten (SD),  
Postfach 8116, 3001 Bern  
schweizer-demokraten@bluewin.ch

### Resolution der SD Schweiz

## Für einen schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie!

Für die Schweizer Demokraten stellen Atomkraftwerke – nicht erst auf Grund der folgenschweren Atomkatastrophe in Japan – ein Sicherheitsrisiko dar. Das Verantwortungsgefühl gegenüber der Allgemeinheit und den zukünftigen Generationen gewichten die Schweizer Demokraten höher als kurzfristiges Gewinnstreben und Wachstum. **Kernkraftwerke sind ein zu grosses Risiko mit unakzeptablen Gefahren für Mensch, Natur und Umwelt.** Es ist längst Zeit, Alternativen zur «Atomenergie» aufzuzeigen und diese schleunigst umzusetzen.

Das Verheimlichen der Kernkraftwerkverantwortlichen, wie die Bevölkerung vor Gefahren, wie der Störfallvorsorge bei Kernkraftwerk-Betriebsunfällen, gewarnt und geschützt wird – ist mehr als eine Unterlassung. Dies ist gar ein verantwortungsloses Verhalten und im höchsten Masse zynisch.

Fakt ist: Ein überwiegender Teil unserer Bevölkerung hat das Vertrauen in unsere Kernkraftwerk-Technik verloren. Die Schweizer Demokraten weisen darauf hin, dass auch der atomare Abfall von diesen Kernkraftwerken immer ein Risiko darstellen wird, da auch dieser strahlt und man immer noch

kein Endlager gefunden hat. Je länger wir mit dem Ausstieg aus der Atomenergie warten, desto mehr Abfall wird produziert und desto schwieriger wird es, ein geeignetes Lager zu finden.

Mit der Atomkatastrophe von Fukushima ist klar geworden, dass die sogenannten «Restrisiken» von Kernkraftwerken nicht zu verant-

worten sind und die bestehenden Kernkraftwerke – vordringlich die unsicheren und höchst umstrittenen Kernkraftwerke Beznau 1 (seit 1969 in Betrieb), Beznau 2 (seit 1971) und Mühleberg (seit 1972) – möglichst zügig und ersatzlos vom Netz genommen werden müssen.

*Schweizer Demokraten (SD)*

## Jetzt Abo 2011 begleichen!

*Liebe Mitglieder, Abonnenten und Gönner*

Leider müssen wir feststellen, dass noch sehr viele Abonentinnen und Abonnenten unserer heimatstreuen Zeitung das Abonnement für das laufende Jahr noch nicht begleichen haben. Auch stellen wir leider fest, dass wir in den vergangenen vier Monaten überdurchschnittlich wenig finanzielle Zuwendungen erhalten durften. Deshalb appellieren wir an Sie

- den **Abonnementsbeitrag 2011 von Fr. 45.–** zu begleichen (Stichwort: Abo 2011) oder
- eine **freiwillige Spende** nach freiem Ermessen zu entrichten.

Dieser Ausgabe legen wir deshalb einen Einzahlungsschein bei. Ihre Spende – ob gross oder klein – ist äusserst willkommen und hilft uns, unseren Kampf für Volk und Vaterland mit etwas weniger Finanzsorgen weiterzuführen. Insbesondere hilft Ihre Zahlung uns aber, dass wir die dringend notwendige neue SD-Initiative **«Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung»** mit Schwung aufgleisen können.

*Mit freundeidgenössischem Gruss*

*Ihre SD-Parteileitung*